

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

◆ Südkorea ◆ Fernfahrer-Streik in Frankreich ◆ Paris: Bank besetzt ◆ USA: Rechte auf'm Vormarsch ◆ Inge Viett zur deutschen Politik

*Korea, Frankreich...
und die Bundesrepublik:*

**Unterschiedliche
Antworten
auf die Angriffe
der Unternehmer**

Unterschiedliche Antworten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften auf die Verschärfung der internationalen Konkurrenz

Wenn die südkoreanische Regierung die Verabschiedung der neuen Arbeitsgesetze mit dem verschärften internationalen Wettbewerb begründet, damit argumentiert, daß es inzwischen für viele südkoreanische Firmen schon billiger sei, in Großbritannien zu produzieren als zuhause, und auf den zunehmenden Export von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer wie China, Thailand oder Vietnam hinweist, so kommen einem diese Klagen merkwürdig bekannt vor. Sie könnten auch von der Bundesregierung oder von den deutschen Unternehmern stammen. Mit dem Verweis auf die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Gefährdung des jeweiligen heimatlichen Produktionsstandorts werden die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse in allen auch nur etwas entwickelten Ländern der Welt angegriffen. Angesichts stark gesunkener Profitraten und wesentlich verschlechterter Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals sollen die nationalen Arbeiterklassen durch die Verschärfung der Konkurrenz untereinander dazu gebracht werden, die aus Sicht des Kapitals notwendigen Opfer zu bringen.

Die Reaktion auf diesen Angriff ist allerdings recht unterschiedlich, wie gerade die letzten Wochen gezeigt haben. In Deutschland versuchen die Gewerkschaften, die Sozialpartnerschaft um fast jeden Preis zu retten. Der IG-Chemie-Vorsitzende Schmoldt fordert eine neue Gesprächsrunde beim Bundeskanzler, um das »Bündnis für Arbeit« neu aufzulegen. Der stellvertretende IGM-Vorsitzende Riester bietet den Unternehmern an, in die Flächentarifverträge, wenn sie sie denn nur weiterhin akzeptieren, weitreichende Öffnungsklauseln hineinzuschreiben, um den Kostendruck für die Firmen zu verringern. Die NGG begegnet dem Angriff des Unternehmerverbandes im Süßwarenereich auf die hundertprozentige Lohnfortzahlung mit dem Abschluß von Haustarifen in denjenigen Großbetrieben, wo die Belegschaften in der Lage waren, betriebliche Streikmaßnahmen zu organisieren. Die Belegschaften der übrigen Betriebe müssen sehen, wo sie bleiben. Die Konsequenz dieses Vorgehens ist, daß in zehn Prozent der Unternehmen mit 40 Prozent der Beschäftigten die hundertprozentige Lohnfortzahlung mit den auch in anderen Branchen üblichen Zugeständnissen gerettet werden konnte, für die restlichen 60 Prozent der Arbeiter und Angestellten aber die gesetzliche Regelung von

80 Prozent gilt. Wie man mit einer derart gespaltenen Mitgliedschaft Anfang 1998 die Auseinandersetzung um den »Erhalt« der vollen Lohnfortzahlung erfolgreich bestehen will, bleibt das Geheimnis der NGG. Die Entwicklung im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk, wo die IGM den Weg der Haustarifverträge vor Jahren auch schon gegangen ist, zeigt, daß eine solche Politik zum Zerfall gewerkschaftlicher Solidarität und zur Schwächung der gesamten Gewerkschaft wie auch der noch kampfstarken Belegschaften in den größeren Betrieben führt.

Daß es auch andere Antworten auf die überall und immer wieder an die Wand gemalte Bedrohung durch die Verschärfung der internationalen Konkurrenz geben kann, zeigen die umfangreichen Arbeitskämpfe in Frankreich und Südkorea. In Frankreich haben es die Fernfahrer durch einen zweiwöchigen massiven Streik immerhin geschafft, daß das Renteneintrittsalter auf 55 Jahre gesenkt, die Anzahl der Karenztage halbiert und die Bezahlung spürbar verbessert wird (siehe den Artikel in dieser Ausgabe der Arpo). Dieser Erfolg hat in der Folge die Busfahrer mehrerer Städte zu eigenen Aktionen ermutigt. So haben sie in Toulouse durch einen achttägigen Streik eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden erreicht. Inzwischen fin-

Unterschiedliche Antworten der Beschäftigten... ..	2
Streik in Südkorea	3
Der Streik der französischen Fernfahrer	9
Paris: Widerstand gegen den »Plan Arthuis«.	16
Sieg für Clinton –	
die Rechte weiter auf dem Vormarsch	17
Berichte von amerikanischen Bürgern	18
Clintons Sozialhilfe-Gesetze	21
»Jobmaschine USA«?	22
Buchbesprechung:	
»Einsprüche« – Briefe aus dem Gefängnis ..	27
»Zucht und Ordnung...« Zu Bundesanwalt Rebmann	28
»...werde ich mich immer weigern« – Inge Viett	29

Korrektur: Auf Seite 26 in der Arbeiterpolitik 5/96 heißt es in Zusammenhang mit der Abstimmung am 23.3.1933 im Reichstag: »Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme...«. Diese Aussage ist falsch, richtig muß es heißen: »Von 120 SPD-Abgeordneten stimmten 94 gegen das Ermächtigungsgesetz. Die KPD-Fraktion mit 81 Sitzen konnte nicht dagegen stimmen, da die KPD seit dem Reichstagsbrand am 28. Februar fast völlig ihre legalen Wirkungsmöglichkeiten verloren hatte und schon nicht mehr anwesend war«.

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
GFSA e.V. · Postbox 106426, D -20043 Hamburg

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- Berlin-Ost: »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ● Berlin-West: »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● Berlin-Ost: »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ● Bonn: »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● Bremen: »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● Essen: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● Frankfurt/Main: »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● Göttingen: Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● Halle: Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● Hamburg: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● Hanau: »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● Hannover: »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● Kiel: »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● Lüneburg: »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● Mönchengladbach: »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● Siegen: Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

det in der französischen Öffentlichkeit eine heftige Debatte darüber statt, ob man der hohen Arbeitslosigkeit nicht generell mit einer Verkürzung der Arbeitszeit begegnen könnte. Dabei stehen sich große Teile der Bevölkerung auf der einen und fast alle Politiker, Experten, Journalisten und auch Gewerkschaftsfunktionäre (mit Ausnahme der CGT, der SUD und einiger kleiner linker Gewerkschaften) auf der anderen Seite gegenüber. Das zeigt, daß auch in der heutigen Zeit, wo zumeist nur noch vom Abbau sozialer Leistungen als zwangsläufige Folge der Globalisierung gesprochen wird, nicht nur erfolgreicher Widerstand möglich ist, sondern dadurch auch politische Diskussionen in Gang gesetzt werden können, die der herrschenden Ideologie von den Zwängen des Weltmarktes etwas entgegenzusetzen vermögen. Ob die Arbeiter und Angestellten, die in Südkorea gegen die neuen Arbeitsgesetze der Regierung streiken, ebenfalls erfolgreich sein werden, läßt sich derzeit noch nicht sagen (siehe den Artikel in dieser Nummer der Arpo). Was sie aber schon erreicht haben, das ist ein in all den Jahren zuvor nicht erreichter Schulterschuß zwischen der radikalen Minderheitsgewerkschaft KCTU und der bislang als regierungsfreundlich geltenden Mehrheitsgewerkschaft FKTU. Für den weiteren Widerstand ist das ein wichtiger Fortschritt, unabhängig davon, zu welchem materiellen Ergebnis die augenblicklichen Auseinandersetzungen letztlich führen werden.

Wer wie die meisten Gewerkschaftsfunktionäre hierzulande – glaubt, der Drohung mit der Standortkonkurrenz nur durch Anpassung begegnen zu können, und unter gewerkschaftlicher Stärke in erster Linie Mitgliederzahl und Finanzkraft versteht, der trägt aktiv zum weiteren Verfall

gewerkschaftlichen Denkens und Handelns in Deutschland bei. Wer gegen die Angriffe des Kapitals und der Bundesregierung etwas unternehmen will, der sollte sich die Kämpfe in Frankreich mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von unter zehn Prozent und Südkorea mit einem von knapp 15 Prozent genauer ansehen und daraus lernen.

Damit ist nicht die einfache Übertragung von Erfahrungen und Kampfformen aus anderen Ländern gemeint. So etwas kann aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen wie auch historischen Entwicklung der jeweiligen Arbeiterklassen und ihrer Organisationen nicht gelingen. Es geht um etwas anderes. Die Auseinandersetzung mit Kämpfen in anderen kapitalistischen Industriestaaten soll den Blick über den deutschen Tellerrand hinaus schärfen. Das ist nicht nur angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaftsprozesse und der damit verbundenen wachsenden Konkurrenz zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder dringend erforderlich. Es hilft auch, eingefahrene Denkstrukturen aufzubrechen und über neue Formen der Gegenwehr nachzudenken, Z.B. hatten die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905, indem sie die traditionellen Kampfformen der deutschen Arbeiterbewegung in Frage stellten, für die Debatte über den Massenstreik eine große Bedeutung gehabt, obwohl auch sie nicht einfach übertragbar waren. Deshalb könnte (auf niedrigerem Niveau natürlich) die kritische Auseinandersetzung mit den Kämpfen in Frankreich und Südkorea die politische Diskussion hierzulande über Abwehrmaßnahmen gegen die Angriffe des Kapitals ebenfalls positiv beeinflussen.

12. 2. 51997 ■

■ AUS DEM ASIATISCHEN MUSTERLÄNDLE:

Massenstreik in Südkorea

Seit dem 26. Dezember streiken in Südkorea zwischen 90.000 und 650.000 Arbeiter und Angestellte. Dieser Ausmaß, der von den meisten Beobachtern als der größte Streik in der Geschichte Südkoreas bezeichnet wird, richtet sich gegen die von den südkoreanischen Regierungsparteien am 26. Dezember beschlossenen neuen Arbeitsgesetze. In nur wenigen Minuten hatte das Parlament gegen sechs Uhr morgens, ohne daß ein einziger Abgeordneter der Opposition anwesend war, ein Bündel von Gesetzen verabschiedet, mit deren Inkrafttreten die Position der Beschäftigten wie die der Gewerkschaften deutlich geschwächt werden soll.

Die neuen Arbeitsgesetze

Die neuen Gesetze sehen im einzelnen folgende wichtige Veränderungen vor:

1. Die zulässige Wochenarbeitszeit kann je nach den »betrieblichen Erfordernissen« zwischen zwölf und 56 Stunden festgelegt werden, ohne daß es dafür besonderer Abmachungen bedarf. Das bedeutet vor allem, daß für die Stunden, die die derzeit noch gültige Regelarbeitszeit von 44 Stunden überschreiten, die bislang üblichen Überstundenzuschläge von 50 Prozent nicht mehr gezahlt werden müssen.

2. Zudem wird die Einstellung von Saison- und Zeitarbeitskräften deutlich erleichtert. Das ist für die Unterneh-

men insofern wichtig, als sie bislang bei einer zeitweisen Stilllegung der Produktion den Beschäftigten in der Regel 70 Prozent ihres Durchschnittslohns weiterzahlen mußten.

3. Die Kündigungsmöglichkeiten der Unternehmen werden deutlich verbessert, was vor allem in den großen Betrieben mit ihrem System faktisch lebenslanger Beschäftigungsgarantien wirksam werden dürfte. So soll es in Zukunft zum Beispiel möglich sein, Beschäftigten aus Umstrukturierungsgründen, das heißt u.a. auch bei einem einfachen Wechsel des Eigentümers, zu kündigen.

4. Im Falle von Arbeitskämpfen wird nicht nur der Einsatz von Streikbrechern legalisiert und die Entlassung von Streikenden gestattet, sondern es den Unternehmen gleichzeitig auch gesetzlich untersagt, nach dem Ende des Streiks die ausgefallene Arbeitszeit rückwirkend zu bezahlen.

5. Die Zulassung weiterer Gewerkschaften neben der traditionell regierungsfreundlichen FKTU (Federation of Korean Trade Unions), die bisher als einzige offiziell anerkannt ist, wird entgegen vorheriger Ankündigungen mindestens bis zum Jahre 2000 hinausgeschoben, für einzelne Bereiche sogar ganz ausgeschlossen.

Zusätzlich zu diesen Arbeitsgesetzen wurde in der gleichen Parlamentssitzung noch ein neues Geheimdienstgesetz beschlossen, das dem Geheimdienst viele Vollmachten aus

Arbeitskämpfe in Südkorea von 1986 bis 1995

Jahr	Anzahl der Streiks	Gründe für die Streiks (in Prozent)			Wirtschaftliche Verluste		
		Lohnforderungen	Recht auf Organisierung	andere	verlorene Arbeitstage (in 1000)	Produktion (in Prozent)	Export (in Prozent)
1986	276	23,5	0	76,5	7200	–	–
1987	3749	69,7	4,5	25,8	6947	8,0	1,1
1988	1873	50,6	17,5	31,9	5401	7,7	1,2
1989	1616	45,9	26,4	27,7	6351	9,1	2,2
1990	322	51,9	15,2	32,9	4487	2,7	0,5
1991	234	56,4	23,9	19,7	3271	2,0	0,3
1992	235	57,0	20,8	22,2	1528	2,9	0,3
1993	144	45,8	36,1	18,1	1308	2,9	0,7
1994	121	42,1	34,7	23,1	1484	1,8	0,6
1995	88	37,5	55,7	6,8	393	–	–

Quelle: OECD Economic Surveys 1995 bis 1996 Korea, Seite 106

der Zeit der Militärdiktatur zurückgibt, die ihm von derselben Regierung gerade erst vor zwei Jahren durch ein Gesetz entzogen worden waren,

Der Streikverlauf

Kaum waren die neuen Gesetze verabschiedet, begannen die bis heute andauernden Streiks. Was ursprünglich nur als eintägige Aktion geplant war, weitete sich schnell zu einem umfassenden längeren Streik aus. Schon am Abend des 26. Dezember befanden sich etwa 150.000 Beschäftigte in 82 Unternehmen im Ausstand. Die Schwerpunkte bildeten von Beginn an die Betriebe der Automobil- und der Werftindustrie, wo der offiziell nicht zugelassene, faktisch bislang aber geduldete zweite große Gewerkschaftsdachverband Südkoreas, die KCTU (Korean Confederation of Trade Unions) mit seinen insgesamt circa 500.000 Mitgliedern seine Hauptstützpunkte besitzt. Überraschend für viele Beobachter hat sich aber auch die bis zur Verabschiedung der neuen Arbeitsgesetze immer als eher regierungsfreundlich geltende FKTU schon am 27. Dezember, also nur einen Tag nach dem Beginn des Konflikts, mit dem Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen das neue Gesetz solidarisch erklärt und sich seitdem an den Streiks beteiligt. Sie, die die meisten ihrer ungefähr 1,2 Mio Mitglieder in den Unternehmen des öffentlichen Sektors wie bei den Verkehrsbetrieben oder den Krankenhäusern hat, ist entgegen den Erwartungen der Regierung bis heute nicht aus dem Kampf ausgeschert. Die Hauptlast der Auseinandersetzung liegt allerdings eindeutig auf den Schultern der KCTU. Sie stellt die Speerspitze wie auch die Masse der Streikenden.

Der Streikverlauf war durch zwei wesentliche Punkte geprägt. Auf der einen Seite ist es der Regierung bislang nicht gelungen, die Moral der Streikenden zu brechen. Dies zeigt die hohe Beteiligung, die durchschnittlich bei 200.000 Streikenden liegt. Der von der Regierung nach den freien Tagen zum Jahreswechsel erwartete Einbruch ist ausgeblieben. Die große Streikbereitschaft ist dabei um so bemerkenswerter, als die Anzahl der Streiks wie die der Streikenden seit den grollen Auseinandersetzungen Ende der achtziger Jahre kontinuierlich zurückgegangen ist und 1995 ein auch im internationalen Vergleich relativ niedriges Niveau erreicht hatte

(siehe Tabelle). Dasselbe gilt auch für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Er ist nach einem kurzfristigen Anstieg Ende der achtziger Jahre, als er die 20-Prozent-Marke erreichte, mit nur noch 14,5 Prozent mittlerweile sogar deutlich unter das Niveau der frühen Achtziger gefallen und weit von den fast 25 Prozent Ende der siebziger Jahre entfernt. Schließlich muß man berücksichtigen, daß politische Streiks, wie es dieser zweifelsohne ist, generell verboten sind und für den Kernbereich des öffentlichen Dienstes ein gewerkschaftliches Organisationsverbot gilt.

Auf der anderen Seite haben die Gewerkschaften es aber auch nicht geschafft, den Streik so auszudehnen, daß die Regierung die neuen Arbeitsgesetze zurückziehen mußte. Das wurde vor allem bei dem für den 14. und 15. Januar angesetzten Generalstreik deutlich. Er blieb mit 650.000 Streikenden hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück. Sie hatten mit 750.000 bis zu einer Mio Beteiligten gerechnet. Zwar konnten viele Großbetriebe vor allem in der Automobil- und der Werftindustrie lahmgelegt werden, eine größere Einbeziehung der Elektronikindustrie als des wichtigste Exportzweiges gelang jedoch ebensowenig wie vor allem die vorgesehenen massiven Einschränkungen des öffentlichen Verkehrs. Die Streikbeteiligung beim Personal der U-Bahnen, Busse und Eisenbahnen war nicht hoch genug, und der Einsatz von Soldaten als Streikbrecher tat dann noch ein übriges, um den Verkehr halbwegs normal laufen zu lassen und den von den Gewerkschaften angestrebten Verkehrsstillstand zu verhindern. Dennoch hat der Streik nach offiziellen Angaben bis heute zu wirtschaftlichen Einbußen von circa vier Mrd. DM geführt und die Regierung zu dem vorläufigen Zugeständnis gezwungen, das Gesetzespaket noch einmal im Parlament zusammen mit der Opposition zu debattieren sowie die Haftbefehle gegen die KCTU-Gewerkschaftsführer aufzuheben.

Insgesamt zeigte der Versuch eines Generalstreiks eine deutliche Schwäche der Gewerkschaften. Es ist ihnen bislang nicht gelungen, die in den letzten drei Jahrzehnten neu in die Betriebe strömenden Massen von Beschäftigten in größerem Umfang für sich zu gewinnen. Außerhalb der Großbetriebe der vier die koreanische Wirtschaft beherrschenden Firmenkonglomerate (Chaebols) Hyundai, Samsung, Daewoo



und Lucky Goldstar (LG), wo sie vor allem in den traditionellen Bereichen der Automobil-, Werft- oder Stahlindustrie auf Organisationsquoten von über 50 Prozent kommen, sind sie nur schwach oder gar nicht vertreten. Da die Dachverbände (wie auch Branchengewerkschaften) keine Tarifvereinbarungen abschließen können, sondern das nur den einzelnen Betriebsgewerkschaften gestattet ist, ist der Anreiz, einer Gewerkschaft beizutreten, in kleinen und mittleren Betrieben nicht sehr groß. Außerdem hat der starke Arbeitskräftemangel (näheres dazu siehe unten) den Beschäftigten in den letzten Jahren fast in allen Bereichen ermöglicht, ihre Arbeitsbedingungen und ihre Löhne auch ohne Gewerkschaften einfach durch einen Wechsel des Arbeitsplatzes zu verbessern. Die sogenannte »freiwillige Fluktuation« liegt in der Industrie mittlerweile bei 40 Prozent pro Jahr. Im Gegenzug sind die Arbeitskämpfe, bei denen es um höhere Löhne geht, in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen (siehe Tabelle).

Typisch für die Einstellung der meisten Südkoreaner den Gewerkschaften gegenüber ist auch ihre Haltung zum jetzigen Streik. Die Mehrheit der Bevölkerung, nach neutralen Umfragen circa 70 Prozent, betrachtet den Kampf der Gewerkschaften gegen die neuen Arbeitsgesetze mit Sympathie, beteiligen will man sich in der Regel aber nicht. Die am 17. Januar veröffentlichte Ankündigung der Gewerkschaften, den Streik bis zum 14. Februar bis auf einen Tag pro Woche auszusetzen, um dann erneut zum Generalstreik aufzurufen, sollte das Gesetz bis dahin nicht zurückgenommen worden sein, ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Sie ist Ausdruck der skizzierten Stärke wie Schwäche der Gewerkschaften.

Von Entwicklungsland zum Industriestaat

Um die Schärfe der derzeitigen Auseinandersetzung verstehen zu können, ist es nötig, die wesentlichen Voraussetzungen des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs näher zu betrachten, der Südkorea binnen weniger Jahrzehnte von

einem Entwicklungsland zu einem Industriestaat werden ließ. Wie groß die Veränderungen in der koreanischen Gesellschaft seit der Unabhängigkeit 1948 waren, illustrieren ein paar wichtige Zahlen:

Noch 1960 wurden 37 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) in der Landwirtschaft produziert und nur 20 Prozent in der Industrie. Bei den Erwerbstätigen sah das Verhältnis noch drastischer aus. Fast zwei Drittel von ihnen waren in der Landwirtschaft tätig, nicht einmal zehn Prozent in der Industrie. Heute liegt der Anteil der Landwirtschaft am BSP unter sieben Prozent, bei den Erwerbstätigen bei unter 15 Prozent, der der Industrie bei ungefähr 30 Prozent bzw. knapp 24 Prozent. Das BSP pro Kopf ist seit 1960 von unter 100 \$ auf inzwischen circa 8000 \$ (Angaben auf Basis der Preise und Währungsrelationen von 1990) gestiegen: Der Anteil der Exporte am BSP hat sich von zwei Prozent auf über 40 Prozent mehr als verzwanzigfacht, die Struktur der Exporte zugleich drastisch verändert. Machten Rohstoffe 1960 noch über 60 Prozent der Exporte aus und Industriegüter weniger als 25 Prozent, so dominieren Industrieprodukte mit einem Anteil von über 90 Prozent heute den Export. Dabei liegen im Unterschied zu den frühen achtziger Jahren, wo Textilien und Schuhe noch über 30 Prozent des Exports und damit fast die Hälfte der Industriegüter stellten, inzwischen elektronische Produkte mit einem Anteil von 37 Prozent weit vor den Textilien und Schuhen mit nur noch 16 Prozent.

Die Voraussetzungen des südkoreanischen »Wirtschaftswunders«

Für den enormen und im internationalen Vergleich fast beispiellosen Industrialisierungsprozeß in Südkorea gab es sechs wesentliche Voraussetzungen:

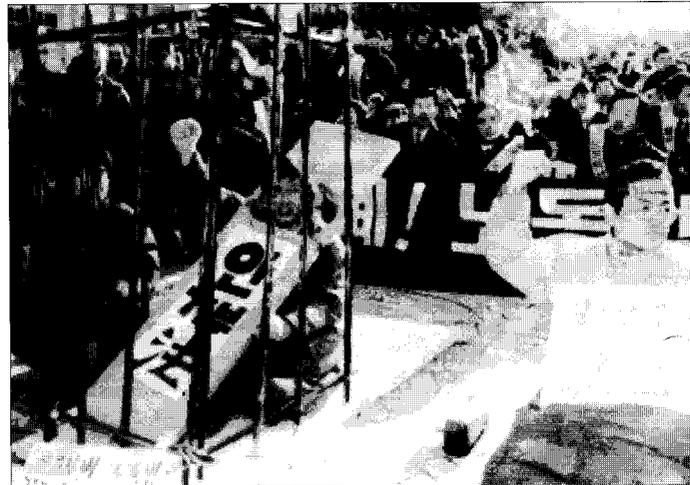
1. Die japanische Kolonialmacht hatte in den dreieinhalb Jahrzehnten ihrer Herrschaft die Grundlagen für eine Industrialisierung geschaffen. Japan war, da Korea über keine

nennenswerten Rohstoffvorkommen verfügte, in erster Linie daran interessiert, die koreanische Landwirtschaft zu modernisieren, um so vor allem den dringend benötigten Reis für die japanische Arbeiterschaft importieren zu können, und eine Industrie zu entwickeln, die Vorprodukte für die japanische Industrie liefern sollte. Obwohl das japanische Kolonialregime wie alle Kolonialmächte im eigenen Interesse handelte, waren die Konsequenzen für Korea aber doch andere als für die meisten Kolonien. Zum einen konzentrierten sich die Bemühungen der japanischen Behörden im landwirtschaftlichen Bereich auf die Erzeugung von Reis, einem Grundnahrungsmittel, das anders als etwa Kakao, Tee oder Zuckerrohr auch für die Ernährung der eigenen Bevölkerung, das heißt auch einer zukünftigen Arbeiterklasse dienen konnte. Zu diesem Zweck wurde eine begrenzte Landreform durchgeführt, in deren Verlauf ein Fünftel des Bodens in japanische Hände überging, und als Folge dieser Besitzveränderungen sowie einer verstärkten Mechanisierung der Landwirtschaft und eines vermehrten Einsatzes von Kunstdünger erfolgte dann eine Steigerung des Reisertrags um fast 60 Prozent. Zum anderen sorgte die forcierte Industrialisierung dafür, daß der Anteil der Industrie am BSP von zehn Prozent im Jahre 1910 auf 39 Prozent im Jahre 1942 stieg, während der Anteil der Landwirtschaft von 87 auf 55 Prozent zurückging. Gab es 1910 ganze 10.000 Industriearbeiter in Korea, waren es 1940 schon über 500.000. Das waren zwar nur fünf Prozent der Erwerbstätigen gegenüber **immer noch 71 Prozent, die weiterhin in der Landwirtschaft** tätig waren, sie bildeten aber zusammen mit der stark ausgebauten Infrastruktur zumindest die Basis für eine weitere Industrialisierung. Denn auch wenn der Koreakrieg über 80 Prozent des Industriepotentials zerstörte, so blieben doch die in der Zeit der japanischen Herrschaft gelegten Grundlagen in der Qualifikation der Arbeiterschaft und in der Infrastruktur bestehen.

2. Die Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg eröffnete dem koreanischen Staat die Möglichkeit, jene 20 Prozent des Bodens, der sich zuvor in japanischem Besitz befand, ebenso für einen gezielten Industrialisierungsprozeß zu nutzen wie auch die vor dem Ende des Krieges zu fast 95 Prozent in der Hand japanischer Konzerne befindliche Industrie. So konnte zum einen der, wie das Beispiel Südamerika zeigt, für eine rasche Industrialisierung außerordentlich bremsende Einfluss einer starken Großgrundbesitzerklasse durch die Verteilung des ehemals japanischen Bodens deutlich verringert werden. Durch eine weitere Bodenreform, die nach der umfangreichen Bodenreform in Nordkorea auf Druck der US-Regierung durchgeführt und in deren Verlauf noch einmal ein gutes Fünftel des koreanischen Grundherren gehörenden Bodens verteilt wurde, sank der Einfluss der Großgrundbesitzer weiter. Zum anderen konnte im industriellen Bereich durch die vom Staat kontrollierte Versteigerung japanischer Unternehmen zu äußerst günstigen Konditionen (im Durchschnitt circa zehn Prozent des tatsächlichen Wertes) sehr schnell eine südkoreanische Bourgeoisie geschaffen werden, deren Entwicklung normalerweise noch Jahrzehnte gedauert hätte. Dieser Prozeß wurde durch die Landreform insofern noch unterstützt, als die von den Bauern zu zahlenden Entschädigungszahlungen (fünf Jahre lang 30 Prozent der Ernte) angesichts der, verglichen mit einem Engagement in der Industrie, deutlich weniger attraktiven Anlage in Grund und Boden zu einem hohen Prozentsatz für den Erwerb von

Unternehmen verwendet wurden. Zum Teil tauschte der Staat Grundbesitztitel auch direkt gegen Aktienpakete früherer japanischer Firmen um.

3. Der dominierende Einfluss des Staates bei der Industrialisierung konnte auch dahingehend genutzt werden, daß staatlicherseits für die wichtigen Branchen Vorgaben bezüglich der Anzahl der dort aktiven Unternehmen gemacht wurden. So wurden für den Automobilsektor zum Beispiel nur vier Produktionslizenzen vergeben. Diese Politik, die die schnelle Schaffung kostengünstig, weil in großen Stückzah-



len, produzierender und damit international wettbewerbsfähiger Firmen zum Ziel hatte, sorgte für einen außerordentlich hohen Konzentrationsgrad der südkoreanischen Wirtschaft. Mitte der achtziger Jahre sprachen manche Beobachter davon, daß die vier größten Chaebols für fast die Hälfte des BSP »verantwortlich zeichneten«. Auch wenn dieser Prozentsatz übertrieben sein dürfte (andere Angaben liegen etwa halb so hoch), so zeigt er doch die ungeheure Macht, die sich aufgrund der Wirtschaftspolitik des Staates in wenigen Konzernen konzentrierte.

4. Da sich alle großen Banken, zuvor ebenfalls in japanischem Besitz, bis vor zehn Jahren in der Hand des Staates befanden, konnte dieser auch auf dem Wege sehr günstiger Kredite für die Industrie die Industrialisierung massiv unterstützen. Lange Jahre lagen die Zinssätze, die die Unternehmen für ihre Kredite zahlen mußten, sogar unter den Inflationssätzen. Die Zinsen, die die Masse der Bevölkerung für ihre Spargelder bekam, waren gleichzeitig sehr niedrig. Sie mußte das aber hinnehmen, weil sie lange Zeit aufgrund eines fehlenden oder sehr mangelhaften Sozialversicherungssystems im Alter wie in Notlagen auf das Ersparte angewiesen war und die staatliche Kontrolle des gesamten Finanzsektors keine Alternativen zu den niedrigen Zinsen zuließ.

5. Die große ländliche Reservearmee, die es Jahr für Jahr zu Hunderttausenden in die Städte zog, und das enorme Bevölkerungswachstum (zwischen 1955 und 1970 von 21 auf 31 Mio.) sorgten in Verbindung mit der radikalen Senkung des Lebensstandards durch den Zweiten Weltkrieg und den folgenden Koreakrieg sowie die massive Unterdrückung aller gewerkschaftlichen Organisationsversuche durch die südkoreanischen Regierungen für eine sehr große Zahl billiger Arbeitskräfte. Noch 1975 lebten trotz einer Verdoppelung der Reallöhne in den sechziger Jahren nach Angaben des Planungsministeriums 85 Prozent aller Lohnabhängigen unter-

halb des von der Regierung festgelegten Existenzminimums, während die durchschnittlichen Arbeitszeiten bei 55 und mehr Stunden pro Woche lagen. Bis Mitte der Achtziger konnte das Kapital die Reallohnsteigerungen bis auf wenige Jahre deutlich unter denen der Arbeitsproduktivität halten. Die massive Exportoffensive auf dem Weltmarkt, bei der aufgrund der arbeitsintensiven Produktpalette Südkoreas niedrige Arbeitskosten entscheidend waren, konnte nur aufgrund dieser außerordentlich günstigen Ausbeutungsbedingungen erfolgreich sein.

6. All die bisher angeführten Faktoren können den enormen Industrialisierungsprozeß aber noch nicht ausreichend erklären. Als letzter und ganz wesentlicher Grund für den Erfolg der südkoreanischen Wirtschaft muß die politisch bedingte, sehr umfangreiche Unterstützung durch die USA genannt werden. Diese Unterstützung, die sich wie im Falle der Bundesrepublik aus der Frontstellung Südkoreas zum sozialistischen Lager ergab, insgesamt allerdings weit größer ausfiel, bezog sich gleich auf mehrere Punkte. Zunächst konnte Südkorea mit einer massiven US-Finanzhilfe von 1,75 Mrd. \$ zwischen 1953 und 1960, die zusätzlich zu der ebenfalls enormen Militärhilfe gezahlt wurde, 80 Prozent der Importe, zwei Drittel aller Investitionen sowie die Hälfte des Staatshaushalts abdecken. Für das Tempo der Industrialisierung war diese umfangreiche Bereitstellung von Geldern außerordentlich wichtig. So konnten vor allem die für den Aufbau der Industrie nötigen Maschinen und Anlagen im Ausland gekauft werden, ohne die dafür erforderlichen Devisen zuvor erst durch Exporte erwirtschaften zu müssen. Zweitens war mit der Stationierung großer US-Verbände auf südkoreanischem Gebiet nicht nur ein weiterer Zufluß an Devisen verbunden, die US-Armee war auch nicht unerheblich an der Verbesserung der Infrastruktur beteiligt. Drittens sorgten die USA dafür, daß Südkorea über lange Jahre günstige Kredite bei internationalen Organisationen wie der

Weltbank bekam. Viertens schließlich, und das ist vermutlich der wichtigste Aspekt der Hilfe, verzichteten die IJSA über Jahrzehnte auf eine Behinderung koreanischer Exporte in ihr Land, das bis Mitte der Achtziger den mit Abstand größten Absatzmarkt für südkoreanische Güter darstellte, und akzeptierten gleichzeitig die sehr hohen Zölle, mit denen Südkorea seinen Binnenmarkt gegen ausländische Konkurrenz abschottete und den einheimischen Firmen das Einstreichen von Sonderprofiten ermöglichte. Die massiven Exporterfolge der südkoreanischen Industrie wären ohne diese Begünstigung weit weniger umfangreich ausgefallen, die Auslandsverschuldung dagegen noch weit höher, als sie sowieso schon ist. Der Industrialisierungsprozess insgesamt wäre dementsprechend spürbar langsamer vonstatten gegangen.

Die Bedingungen haben sich verändert

Die den Industrialisierungsprozeß in Südkorea begünstigenden Faktoren sind mittlerweile entweder völlig entfallen wie die aus der Niederlage der Kolonialmacht Japan unmittelbar resultierende Sonderbedingung oder aber so gravierenden Veränderungen unterworfen worden, daß ihre Wirksamkeit zumindest stark eingeschränkt ist. Entscheidend sind dabei in erster Linie jene Veränderungen, die den Arbeitsmarkt und die Handelspolitik der USA betreffen. Die umfangreiche Deregulierung und Privatisierung des Finanzsektors – fünf der sechs großen Geschäftsbanken wurden in den Achtzigern privatisiert, die staatliche Kontrolle über die Besetzung der zentralen Managementpositionen endete allerdings erst 1993 – hat sicherlich ebenso Auswirkungen wie die Bemühungen, die Macht der großen Chaebols einzuschränken und das Gewicht der mittelständischen Firmen zu erhöhen, ihre Bedeutung ist vergleichsweise aber doch eher gering zu veranschlagen.

Was nun die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt betrifft, so hat das enorme Wachstum der insgesamt arbeitsintensiven südkoreanischen Wirtschaft bei einem gleichzeitigen starken Rückgang der Geburtenrate von drei Prozent in den Sechzigern auf nur noch 0,9 Prozent heute, dem weitgehenden Wegfall der bäuerlichen Reservearmee und der deutlichen Verlängerung der Ausbildungszeiten zu einer erheblichen Arbeitskräfteknappheit vor allem in der Industrie geführt. Der Prozentsatz der fehlenden Arbeitskräfte für die gesamte Wirtschaft wird seit 1990 mit 3,6 bis 5,5 Prozent, der für die Industrie mit 4,3 bis sieben Prozent angegeben. Die Anstrengungen von Regierung und Kapital, diese Situation durch eine vermehrte Rekrutierung von Frauen oder den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften zu ihren Gunsten zu verändern, waren bislang nur von geringem Erfolg gekrönt. Der im internationalen Vergleich mit circa 40 Prozent niedrige Anteil der Frauen an der gesamten Erwerbsbevölkerung ist seit 1985 stabil geblieben, die Zahl ausländischer Arbeitskräfte mit insgesamt nur gut 100.000, das heißt 0,6 Prozent der Erwerbstätigen, viel zu gering, um eine spürbare Wirkung zu zeigen.

Der gravierende Arbeitskräftemangel schlägt sich in einer Reihe von Errungenschaften für die Beschäftigten nieder. Vor allem in der Endphase der Militärdiktatur seit 1987 haben die Gewerkschaften in langen und militanten Arbeitskämpfen zahlreiche Verbesserungen durchsetzen können, die seither noch ausgebaut worden sind. Auf Basis eines leergefegten Arbeitsmarkts – die Arbeitslosenquote ist seit 1980 von 5,2



Prozent auf nur noch 2,2 Prozent heute gesunken – gelang es ihnen, in allen wesentlichen Punkten deutliche Fortschritte zu erreichen. Die durchschnittliche Arbeitszeit ist von 52,4 Stunden im Jahre 1986 auf 47,4 Stunden im Jahre 1994 zurückgegangen. Die Reallöhne sind zwischen 1987 und 1990 jährlich um durchschnittlich 13,5 Prozent, in den folgenden fünf Jahren immerhin noch um 7,2 Prozent pro Jahr gestiegen und liegen derzeit im Durchschnitt bei über 2300 DM brutto pro Monat. In den Großkonzernen wie Hyundai kommen die Beschäftigten sogar auf durchschnittlich 4500 DM brutto. Alle Versuche des Staates, den Anstieg der Löhne durch Lohnrichtlinien zu bremsen, sind fehlgeschlagen. So sah die Richtlinie für 1992 zum Beispiel eine Steigerung von

ten Monaten und dem gleichzeitigen Verfall des Yen dürfte sich das jetzt wieder verschieben, ohne daß sich an dem generellen Problem der stark gesunkenen Konkurrenzfähigkeit aber etwas ändern wird.

Gleichzeitig mit dem Anstieg der Lohnstückkosten hat Südkorea auch seine Sonderbehandlung seitens der USA weitgehend eingebüßt. Das hat zwei Gründe: Zum einen hat Südkorea politisch erheblich an Bedeutung verloren, seitdem das sozialistische Lager zerfallen ist und Nordkorea mit seinen gravierenden wirtschaftlichen Problemen für die südkoreanische Bevölkerung wohl eher als abschreckend wirkt denn als wünschenswerte Alternative, zum anderen ist Südkorea inzwischen zu einem ernsthaften Konkurrenten auf den Weltmärkten geworden, den man nicht noch weiter fördern will. Der Druck auf Südkorea, seinen Binnenmarkt zu öffnen, ist dementsprechend gestiegen, und das Land hat diesem Druck nachgeben müssen. Die durchschnittlichen Zollsätze auf Industriegüter sind zwischen 1988 und 1994 von 16,9 auf 6,2 Prozent gesunken, die auf agrarische Erzeugnisse von 25,2 auf 16,6 Prozent, insgesamt also ein Rückgang der Zollsätze von 18,1 auf 7,9 Prozent.

Mit dem Beitritt zur OECD Ende vorletzten Jahres hat sich Südkorea zudem verpflichtet, weitere Hindernisse für einen »freien Warenverkehr« abzuheben, so daß mit einem weiteren Anstieg der Importe zu rechnen ist. Allein die Reduzierung des Importverbots für japanische Waren von 258 Artikeln (darunter große Personenwagen, tragbare Computer und Printer) auf 162 Artikel seit 1993 wird sich diesbezüglich schon deutlich bemerkbar machen. Gleichzeitig hat

sich der Export in die USA ganz erheblich verringert. Gingen 1985 noch 40 Prozent aller Exporte nach Nordamerika, so waren es 1995 nur noch gut 20 Prozent. Diese Halbierung binnen eines Jahrzehnts zeigt, wie sehr sich die Handelspolitik der USA gegenüber Südkorea in diesem Zeitraum geändert hat.

Die nachlassende Konkurrenzfähigkeit der südkoreanischen Wirtschaft und das Ende ihres Sonderstatus sind im wesentlichen dafür verantwortlich, daß sich die großen Handelsbilanzüberschüsse der späten achtziger Jahre – sie lagen pro Jahr zwischen 4,2 und 11,4 Mrd. \$ – inzwischen in deutliche Handelsbilanzdefizite verwandelt haben. Allein von 1995 auf 1996 soll sich das Defizit von zehn auf 20 Mrd. \$ verdoppelt haben. Die Steigerung der Exporte kann mit dem Wachstum der Importe nicht mehr Schritt halten. Die verbesserte Position der Beschäftigten hat nämlich nicht nur die Exporte erschwert, sondern auch zu einer deutlichen Zunahme der Importe geführt. Zum einen haben die höheren Löhne den Kauf ausländischer Konsumgüter in einem vorher nicht gekannten Maße ermöglicht, zum anderen hat das Kapital auf die Probleme mit dem Versuch einer durchgreifenden Rationalisierung und einer Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung auf die Produktion höherwertiger Güter reagiert. Nur auf diesem Wege glaubt man, auf Dauer konkurrenzfähig bleiben zu können. Ein weiteres Beharren auf dem bislang erfolgreichen Weg der Produktion arbeitsintensiver Güter zu relativ geringen Kosten hat angesichts

maximal fünf Prozent vor. Gezahlt wurden von den Unternehmen aber 15 Prozent. Vor allem die großen Firmen waren angesichts des Arbeitskräftemangels, der den Beschäftigten häufige Wechsel des Arbeitsplatzes ermöglichte, und der bei ihnen relativ starken Betriebsgewerkschaften bereit, deutlich mehr zu zahlen, als die Regierung geplant hatte. Die Schere zwischen den Löhnen, die in großen Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten gezahlt werden, und denen mit weniger als 30 ist dementsprechend zwischen 1986 und 1994 rapide von elf Prozent auf 38 Prozent gestiegen. Schließlich ist das Sozialversicherungssystem massiv ausgebaut worden. Erst im letzten Jahr ist nach der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, die es schon länger gibt, auch eine Arbeitslosenversicherung, wenn auch nur für die Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 30 Arbeitskräften, eingeführt worden.

All diese Verbesserungen für die Beschäftigten haben die traditionellen Lohnkostenvorteile der südkoreanischen Unternehmen auf dem Weltmarkt ganz erheblich reduziert. Die Lohnstückkosten sind zwischen 1986 und 1989 im Vergleich zu Japan und den USA von ungefähr 50 Prozent auf knapp bzw. gut 100 Prozent gestiegen, in Relation zu den anderen drei »Tigern«, Hongkong, Singapur und Taiwan, von knapp 70 Prozent auf gut 110 Prozent. Seither hat sich das Verhältnis in bezug auf Japan und die drei »Tiger« vor allem aufgrund der drastischen Aufwertung des Yen zwar wieder deutlich verbessert, in bezug auf die USA aber weiter verschlechtert. Mit dem starken Anstieg des Dollars in den letz-



der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt keine Zukunftsaussichten. Um einen grundlegenden Wandel in der Industrie durchzuführen, bedarf die südkoreanische Industrie zunächst aber in großem Umfang modernster westlicher Technologien, die sie teuer einkaufen muß. Soll der Übergang zum »High-Tech-Land« gelingen, muß erst in erheblichem Maße investiert werden.

Die Regierung versucht eine radikale Lösung durchzusetzen

Die von der Regierung handstreichartig beschlossenen Gesetze haben bei vielen Beobachtern Verwunderung und Kopfschütteln ob der Art des Vorgehens ausgelöst. Von »taktisch unklug« wurde immer wieder gesprochen. Ob diese Form der Hau-Ruck-Politik erfolgreich sein wird, ist derzeit auch noch nicht zu sagen, unverständlich oder unerklärlich ist sie aber nicht. Die südkoreanische Regierung hat (wie auch die deutsche) die letzten Jahre gehofft, die internen Schwierigkeiten ließen sich über steigende Exporte auf einem wachsenden Weltmarkt lösen. Diese Hoffnung hat getrogen, weil die Überakkumulationskrise in allen wichtigen Industriestaaten einen Export der südkoreanischen Probleme nicht zuläßt. Der Ausweg einer vergleichsweise konfliktfreien Umstrukturierung durch eine massive Verstärkung der Exporte, den Japan in einer ähnlichen Situation vor drei Jahrzehnten aufgrund einer international relativ hohen

Profiträte und dementsprechend aufnahmefähiger Märkte noch gehen konnte, bleibt Südkorea versperrt.

Daher sahen sich Regierung und Kapital genötigt, das aus ihrer Sicht gravierendste Problem, den Mangel an Arbeitskräften und die daraus resultierenden Folgen möglichst schnell und umfassend anzupacken. Die neuen Gesetze zielen im Kern darauf ab, durch eine erhebliche Erleichterung von Entlassungen, eine durchgreifende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und deren kostengünstige Verlängerung die Nutzung der vorhandenen Arbeitskräfte spürbar zu erhöhen und damit dem Mangel an Arbeitskräften wirksam zu begegnen. Da zugleich die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten durch die Legalisierung von Streikbrucharbeiten und die Nichtzulassung der KCTU deutlich erschwert werden, hofft man auf seiten der Regierung und des Kapitals, die Lohnstückkosten zu Lasten der Beschäftigten umfassend und vor allem schnell senken zu können, um dann mehr Luft für die geplante grundlegende Umstrukturierung der Industrie zu haben. Ob diese Rechnung angesichts des massiven Widerstands vieler gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellten und der Sympathien, die die Streikenden in breiten Teilen der Bevölkerung genießen, aufgeht, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Das derzeitige Einlenken der Regierung ist allerdings ein erstes Indiz dafür, daß die Regierung sich gezwungen sieht, ihren kompromißlosen Kurs zumindest zu überdenken. 20.1.1997 ■

■ NOVEMBER 1996

Der Streik der französischen Fernfahrer

Vorbemerkung: Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um die Übersetzung eines Manuskripts, das uns von einem französischen Genossen zur Verfügung gestellt und nur in einem Punkt, der zum Zeitpunkt der Abfassung des Manuskripts noch nicht endgültig geklärt war, aktualisiert, an zwei weiteren Stellen leicht gekürzt und mit Zwischenüberschriften versehen worden ist.

Die Struktur des Transportsektors in Frankreich

Mehr als in jedem anderen Streik ist es in diesem Fall notwendig, bevor man von dem Konflikt selbst und seiner Ausbreitung spricht, einen notwendigerweise kurzen Überblick zu vermitteln über die komplexe Situation innerhalb des Transportsektors sowie über die zentrale Rolle, die dieser in der modernen kapitalistischen Wirtschaft spielt.

Die grundsätzliche Struktur des französischen Transportwesens hat sich kaum geändert seit dem Streik im Sommer 1992, während dessen sich eine ähnliche Blockade der großen Straßenachsen entwickelt hat. Man erinnere sich an einige Zahlen: Es gibt in Frankreich ungefähr 33.000 Transportunternehmen. Ihre Anzahl ist in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gestiegen (die Anzahl der Fahrer stieg nur um 25 Prozent); dieses Wachstum ist zu einem großen Teil auf die kleinen Unternehmen zurückzuführen, bei denen es sich oft um Handwerksbetriebe handelt (deren Anteil an der Gesamtzahl beträgt zwölf Prozent) -allein 1995 gab es 10.000 Neugründungen, wobei gleichzeitig 8000 wieder verschwanden. Von dieser Gesamtzahl haben 8371- also weniger als

ein Viertel - mehr als fünf Beschäftigte, und 95 Prozent haben weniger als 50 Beschäftigte. Von den 317.000 angestellten Fahrern beschäftigen die ihrem Umsatz nach gerechnet elf größten französischen Unternehmen 68.000 Leute in Einheiten von mehr als 1500 Beschäftigten: Das bedeutet, daß fast 20 Prozent der Fernfahrer in 0,15 Prozent der Gesamtanzahl der Unternehmen arbeiten.

Das weist auf das Vorhandensein extremer Unterschiede innerhalb einer industriellen Branche hin, in der man auf der einen Seite solide Unternehmen findet wie zum Beispiel das größte - SCETA, eine Tochtergesellschaft der SNCF (Franz. Eisenbahngesellschaft) mit 25.000 Beschäftigten - und am anderen Ende der Stufenleiter beispielsweise Handwerksbetriebe, die im Laufe des Streiks folgendermaßen beschrieben wurden: *»Oft sind es Arbeitslose, die sich ins Handelsregister eintragen lassen, indem sie ihre Abfindung oder Prämie in die Gründung einer Firma investieren und dann daraufhin einen Kredit erhalten. Im ersten Jahr profitieren sie von den geringeren Sozialabgaben, im zweiten Jahr brauchen sie ihr Kapital auf, und im dritten Jahr verschwinden sie wieder«* (Erklärung von J.L. Verdière - Leiter des Arbeitgeberverbandes UNOSTRA). Die Leiter der großen Unternehmen haben oft großes Interesse daran, ihre Beschäftigten dazu zu ermutigen, auf eigene Rechnung zu arbeiten: Das schafft ihnen Arbeitskräfte von gefügigen Subunternehmern, die unter allen Bedingungen arbeiten, um ihre Schulden abzubezahlen, anstelle von Arbeitnehmern, die - selbst wenn sie genauso gefügig sind - das Unternehmen eine Anzahl von



gesetzlichen Belastungen kosten. Ein Gewerkschafter betont, daß »die Unternehmer ihnen den Lkw verkaufen, und sie müssen Stunden klopfen, um ihn wieder abzubezahlen, zehn oder 15 Jahre später ist die Maschine kaputt und der Fahrer auch.« Wenn ein Delegierter der FO erklärt: »Wir haben die rückständigsten Chefs der Welt, sie haben die Mentalität eines Krämers aus dem 19. Jahrhundert«, dann meint er wahrscheinlich die Unternehmer der klein- und mittelständischen Transportunternehmen, deren Überleben in der Tat von einer Überausbeutung der Fernfahrer abhängt. Denn sie selbst werden von einem System in die Enge getrieben, das aus ihnen nur die Treibriemen von drastischen Bedingungen macht, die ihnen von den mächtigen »Auftraggebern« auferlegt werden und die sie nur ihrerseits an die Arbeiter weitergeben können, oder aber sie müssen selbst verschwinden.

Eine solche Situation drückt bereits die extremen Unterschiede aus, die noch verstärkt werden durch die Zersplitterung des Transportwesens, von der wir im folgenden noch sprechen werden. Ähnliches spiegelt sich in der Vielfalt der Arbeitgeberorganisationen wider: L'Union Fédérale des Transports (UFT) vereinigt verschiedene Arbeitgeberverbände, von denen der größte die Fédération Nationale des Transports Routiers, FNTR, ist und dem u.a. die größten Transportunternehmen angehören; darüber hinaus gibt es die UNOSTRA (Union Nationale des Organisations Syndicales et Transports Automobiles), die sich besonders an die klein- und mittelständischen Betriebe wendet. Die Interessensunterschiede lassen sich auch daran verdeutlichen,

der UFT unterschrieben werden. Denn es gibt von seiten der Regierung keinerlei Vorgaben, daß derlei Vereinbarungen auf die Gesamtheit des Berufstandes ausgedehnt werden müssen. Wenn es unter gewissen begrenzten Umständen so etwas wie eine einheitliche Front auf seiten der Unternehmer gegeben hat, so traten bei anderen Gelegenheiten offene oder indirekte Gegensätze zu Tage: In dem gegenwärtigen Konflikt ist ganz offen gesagt worden, daß die großen Unternehmen nicht die geringste Eile in bezug auf eine Beendigung des Konflikts an den Tag gelegt haben in der Hoffnung, daß die Blockaden und die nachfolgenden entsprechenden Konzessionen an die Streikenden eine Reihe von kleinen Unternehmen in den Konkurs führen würden, was wiederum den gesamten Berufstand – wohlgernekt im Interesse der großen Firmen – »sanieren« würde.

Die Deregulierung des Transportwesens

Die Deregulierung hat in diesem Bereich bereits sehr früh angefangen. Seit den fünfziger Jahren hat das Ende des Preisstopps in Frankreich zur Abschaffung des verbindlichen Tarifsystems innerhalb des Transportwesens (TRO) geführt. Aber das allein reicht nicht aus, um den daraufhin ausgebrochenen Preiskrieg zu erklären, der dann – weil die fixen Kosten nicht gedrückt werden konnten – zu einer Überausbeutung der Arbeitskraft geführt hat. Unter dem wesentlichen Druck der Mineralölgesellschaften, der zusätzlich verstärkt wurde durch den der Automobilindustrie, haben die »politischen Weichenstellungen« dem Transport auf der

gen kapitalistischen Wirtschaft geworden. Daher mußten im Rahmen eines globalen Systems unterschiedliche Interessen miteinander verknüpft und etliche Faktoren aufeinander abgestimmt werden: Der Bau von Autobahnen (man spricht zwar von der Verschuldung der SNCF, aber nie von der der Autobahngesellschaften), die Niedrigpreise für Diesel, niedrige Steuern und Autobahngebühren, die Umlegung der mit der Umweltverschmutzung verbundenen Kosten auf die Allgemeinheit, die zahlreichen Vergehen gegen Arbeitsrecht und gesetzliche Bestimmungen, die Praxis des »ununterbrochenen Warenflusses« und der Abschaffung der Lagerhaltung sowohl auf Produktions- wie auf Vertriebsstufe. Da eine Reihe unterschiedlicher Profitinteressen im Spiel sind, gibt es natürlich keine Rationalität in diesem Vorgehen: Es kostet zweieinhalbmal weniger Energie, eine Tonne Waren mit dem Zug zu transportieren; gleichzeitig ist die durch den Fernverkehr entstehende Verschmutzung ungleich größer als jene durch den Individualverkehr erzeugte, obwohl der Transport mit Lkw weitaus niedrigere Gebühren kostet.

Aus diesen Zusammenhängen hat sich eine tiefgreifende Veränderung innerhalb der Strukturen des Transportwesens ergeben. Auf der einen Seite hat eine Ausdehnung der Aktivitäten stattgefunden, indem die Transportunternehmen ihrer Klientel zusätzliche Dienstleistungen angeboten haben wie die Organisation des Warenflusses, die Vorratshaltung der Güter, die Verwaltung der Läger, die Verpackung etc. Es haben sich »Spezialisten« herausgebildet wie zum Beispiel der »Zugfahrer«, der ausschließlich Zugmaschinen besitzt und nach Bedarf einsetzt. Auf der anderen Seite hat es eine Zersplitterung der dem Transportwesen eigenen Funktionen gegeben in Form einer enormen Anzahl von Subunternehmern, die in den meisten Fällen auf diese Weise anderen sozialen Zwängen entgehen wollten. Ein Kommentator der Arbeitgeberseite spricht von »perversem Subunternehmertum«, das Flexibilität und Produktivität garantiert und somit auch als eine Auslagerung von Investitionen und sozialen Zwängen bezeichnet werden kann.

Alle oben genannten Angaben sowohl in bezug auf die wachsende Anzahl von kleinen Unternehmen wie auch in bezug auf die durch die Zersplitterung der Aufgaben sich bietenden Möglichkeiten haben zu einem Überangebot an Dienstleistungen und an Ausstattung geführt, dessen unheilvolle Auswirkungen nicht in Erscheinung traten, solange die ökonomische Situation stabil war. Jetzt jedoch führt sie, wo die Krise das gesamte Transportgeschäft zurückgehen läßt (um mehr als vier Prozent im Jahr 1995), zu einem enormen Druck und in der Folge zu Konflikten. Wie immer in solchen Situationen bestimmen die Mächtigsten die Gesetze, die Preise und die Arbeitsbedingungen: 1995 sind die Frachtkosten um 25 bis 30 Prozent gefallen. Ein offizieller Bericht über die Geschäfte der Transportunternehmen kam zu dem Schluß, daß »die Basis für die Produktivität der Betrug ist«. Der Mißbrauch war so auffällig, daß selbst in dieser Zeit der Deregulierung bescheidene Versuche unternommen wurden, ein bißchen Ordnung in diesen Dschungel zu bringen, in dem viele schon den möglichen Nährboden für sozialen Sprengstoff sahen: Ein Gesetz vom Dezember 1992 versuchte, das Subunternehmertum zu begrenzen; ein anderes vom Juli 1996 griff die offensichtlich zu niedrigen Preise an und beschloß, daß »alles, was bestellt wird, aufgeschrieben werden muß, und alles, was aufgeschrieben wird, auch bezahlt

werden muß«. Dennoch lagen 1996 90 Prozent der Subunternehmerverträge unter der Rentabilitätsgrenze.

Aufgrund der völlig atomisierten Struktur des gesamten Transportwesens eröffneten sich neue Möglichkeiten, um »soziale« Kosten zu reduzieren: Ein großes Unternehmen hatte beispielsweise seine eigenen Langstreckendienste eingestellt und ließ sie von einem Subunternehmer ausführen, weil aus diesem Bereich zu hohe Forderungen gestellt wurden. Der eigentliche Druck aber ging in diesem System von den »Auftraggebern« aus: den großen Händlern und den großen Unternehmen (wie Renault oder Peugeot).

Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten

Wenn die Bedingungen der beschäftigten Fernfahrer sich also verschlechtert haben wegen der beschriebenen Orientierungen des Transportwesens und der Krise, die aufgrund der Überkapazität eine erbitterte Konkurrenz entfacht hatte, so sind diese Bedingungen alles andere als beneidenswert: Vor dem Streik 1992 wurde praktisch keine der vorherigen Regeln eingehalten, und das Arbeitsrecht wurde regelmäßig mit Füßen getreten. Natürlich konnte die Situation von einem Unternehmen zum anderen allein schon aufgrund der jeweiligen Unternehmensgröße variieren. Nach dem Streik von 1992, der die himmelschreiendsten Aspekte der Ausbeutung der Fernfahrer zwar in Erinnerung gerufen, nicht aber gelöst hatte, hatten paritätisch besetzte Diskussionen im November 1994 zu einer Vereinbarung über die stufenweise Reduzierung der Arbeitszeit (Fahrzeit plus Wartezeit, Lade- und Entladezeiten) auf monatlich 240 Stunden (maximal 60 Stunden pro Woche) mit einer weiteren Absenkung auf 230 Stunden ab dem 1.1.1997 geführt, die großspurig »*Fortschrittsvertrag*« getauft wurde. In den Debatten anlässlich des jetzigen Streiks behaupten die Gewerkschaften, daß fünf Prozent der beschäftigten Fahrer in den Genuß dieser Vereinbarung gekommen sind, während die FNTR den Prozentsatz auf 30 Prozent schätzt. Was ein Fernfahrer so übersetzt: »Wir werden von unseren Arbeitgebern nicht respektiert. Seit der Festlegung des Fortschrittsvertrages ist nichts passiert.«

Aber selbst wenn er nur auf dem Papier existiert, so hat der Vertrag von 1994 nicht nur diesen »Mangel an Respekt« der Unternehmer gegenüber »ihren« Fahrern ins Bewußtsein gerufen, sondern auch das Ausmaß ihrer Ausbeutung. Er führte dazu, daß die effektiven Fahr- und Wartezeiten aufgerechnet wurden, denn die Spanne zwischen diesen Zeiten hatte sich seit Einführung des permanenten Warenflusses und der *Null-Lagerhaltung* erheblich vergrößert. Man kann sagen, daß bei einer Verdoppelung der Arbeitszeit (gleich Steigerung um 100 Prozent), der Lohn im gleichen Zeitraum nur um 20 Prozent anstieg. Aber welche Möglichkeiten hatten die Fernfahrer vor dem Hintergrund dieser Konstellation von kleinen Betrieben und großen Auftraggebern? »*Die kleinen Buden sind das Schlimmste, der Chef gibt nie nach. Es fehlt nicht viel, und er läßt dich noch das Benzin bezahlen.*«

»Wenn du das Steuer abgibst, worten schon 30 andere Typen darauf, es zu übernehmen.«

Aber es ging nicht nur um das Verhältnis von Arbeitszeit und Entlohnung, sondern auch um eine Reihe von Regelungen zugunsten der Unternehmer: So erfuhr man, daß die Fernfahrer bei krankheitsbedingtem Arbeitsausfall zehn Karenztage haben (gegenüber zwei Tagen für die übrigen Arbeitnehmer), daß die Unternehmer die Aufwandsentschädigung für das Hotel nicht zahlen, wenn der Fahrer in seinem

Lkw schlafen kann etc. Ein Fahrer faßt diese Bedingungen so zusammen: »Es sind immer diejenigen, die auf der untersten Stufe der Leiter stehen, die bezahlen.«

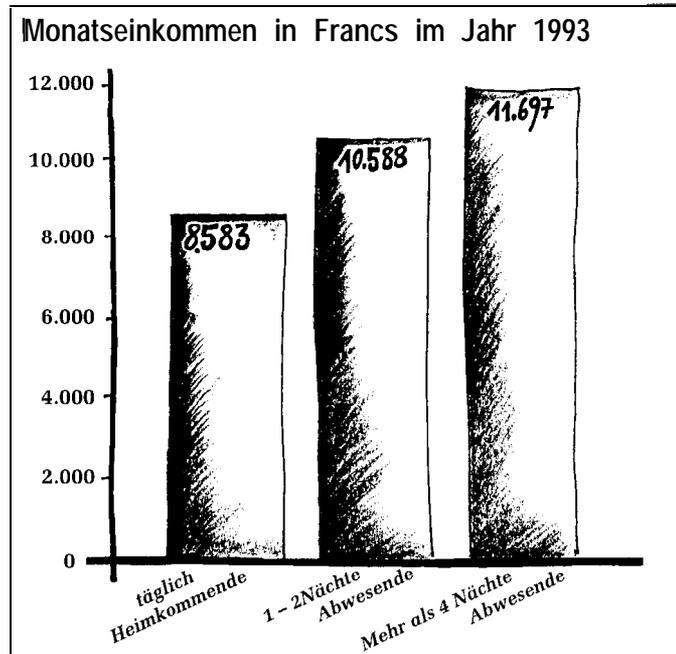
Die Gewerkschaften

Es ist schwer zu sagen, welchen Einfluß die Gewerkschaften in Kreisen der Fernfahrer ausüben. Ihre Unabhängigkeit macht nicht gerade Gewerkschaftsfanatiker aus ihnen, der Organisationsgrad übersteigt nicht den in Frankreich üblichen Prozentsatz von acht bis zehn Prozent und liegt damit jedenfalls weit entfernt von dem der Eisenbahner. Damit ist jedenfalls nichts über die Einbeziehung der Mitglieder in diesen Streik ausgesagt. Die vier Gewerkschaften CGT, CFDT, FO und CFTC sowie eine unabhängige Gewerkschaft FNCR, die der CFDT nahesteht, geben kaum Zahlen über ihre Mitgliederstärke bekannt, die Ergebnisse der letzten Wahlen geben der CFDT einen kleinen Vorsprung. Letztere, die für sich beansprucht, 13.000 Mitglieder (fünf Prozent der Beschäftigten) zu organisieren, und deren Abteilung *Fédération des Transports* (FGTE) erklärtermaßen in Opposition zu der augenblicklichen Führung steht, scheint einen etwas größeren Einfluß als die anderen zu besitzen, aber das ist letztlich schwer einzuschätzen. Wir werden weiter unten sehen, daß es auch schwierig ist, die Rolle der Gewerkschaften beim Auslösen oder bei der Führung des Streiks zu beurteilen, wohingegen es einfacher ist, ihre Rolle in den Verhandlungen und am Ende des Streiks zu beobachten.

Der Streikverlauf

Anläßlich des Streiks im November/Dezember 1995 und im Laufe des Jahres 1996 hatte die CFDT – vergeblich – versucht, die Fernfahrer zu Demonstrationen über ihre gesamten Arbeitsbedingungen aufzurufen. Außer im Westen und in der Region um Lyon blieben diese Versuche so gut wie folgenlos. In dieser Flut von verstreuten Aktionstagen, durchgeführt von einer Industriebranche nach der anderen, von einer Gewerkschaft nach der anderen, diesen punktuellen und eher sporadischen Demonstrationen, die eher dazu geeignet waren, zu demobilisieren denn zu mobilisieren, konnte dann Ende Oktober ein Kommentator schreiben, daß »ihr relativer Mißerfolg« die Wahrscheinlichkeit einer sozialen Krise größeren Ausmaßes, die auch den privaten Sektor berührt hätte, herabgesetzt sei und somit auch die Risiken politischer Instabilität gleichermaßen reduziert seien. Die von Unternehmern unter Leitung der FNTR und der UNO-STRATA am 7. November organisierten »Operationen« zielten auf einen Protest gegen die Benzinpreiserhöhung: 600 Transportunternehmer besetzten den Cours de Vincennes in Paris, während die Vertreter der Arbeitgeberverbände direkt mit der Regierung verhandeln, die daraufhin zwei Zugeständnisse macht: Die Erhöhung der Benzinsteuer wird dem allgemeinen Preisanstieg angepaßt, die Sozialabgaben für diejenigen Unternehmen werden gesenkt, die die Arbeitszeit auf weniger als 60 Stunden reduzieren.

Obwohl die Unternehmer kaum mit diesem Ergebnis zufrieden waren, verfolgten sie nur sehr wenig die Bewegung, die sich später wie von selbst entzündete. Aber das zeigt einerseits klar und deutlich, daß – im Gegensatz zu der Bewegung im Jahr 1992 – die Unternehmer nur für sich selbst agieren und sie nicht anknüpfen können an die Anfänge der Bewegung in 1992, und ist auf der anderen Seite für die Fernfahrer ein Beleg dafür, daß eine solche Blockadeaktion sich

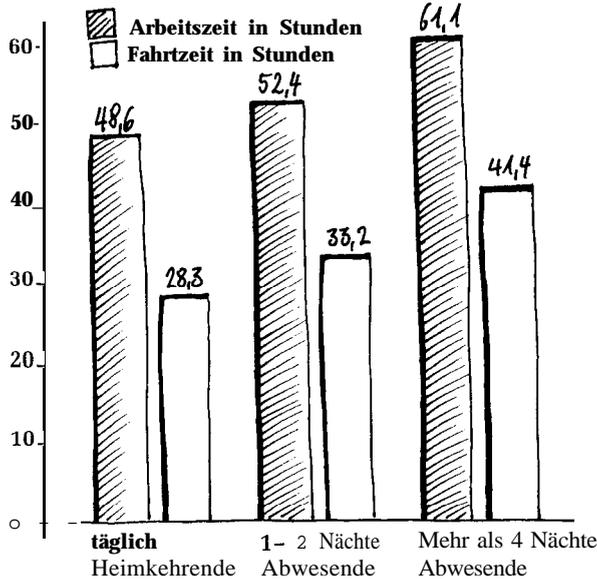


bezahlt machen kann. Es scheint, daß die Gewerkschaftszentralen der CGT, CFDT, FO, CFTC und FNCR im Licht der anderen, ewig im Rahmen der gewünschten Normen gebliebenen Aktionstage die Antwort der Basis auf ihren Aktionstag vom Montag, dem 18. November 1996, unterschätzt haben.

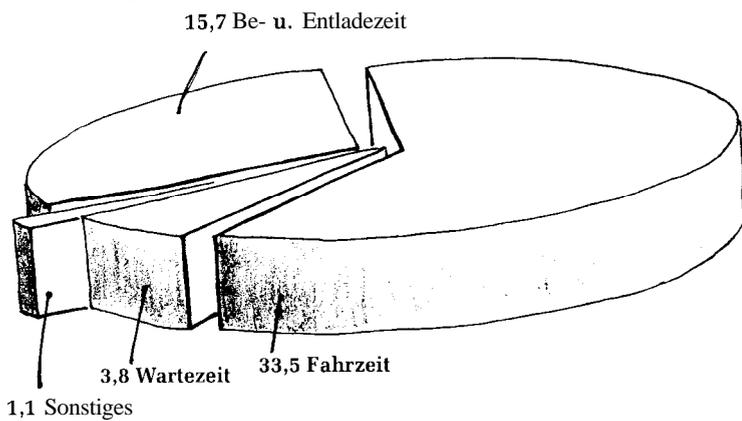
Der hatte zum Ziel, Druck auf den Verkehrsminister Pons auszuüben im Hinblick auf eine Intervention von Seiten der Regierung zur Umsetzung des »Fortschrittsvertrages von 1994«. Der Minister schickt die Gewerkschaften zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern zurück und verspricht gleichzeitig vage, innerhalb der nächsten drei Wochen die Anrechnung der Arbeitsstunden zu modifizieren, damit alle Dienststunden vollständig bezahlt werden. Überall in Frankreich gibt es einige Streikposten, Demonstrationen, einige Straßenblockaden mit Barrikaden brennender Reifen. Die Gewerkschaften präsentieren dem Minister ein ganzes Paket von Forderungen, die in der Tat das ausmachen, was die Fahrer vergeblich seit Jahren zu erreichen suchen: Rente mit 55 Jahren, Aufhebung der Karenztage, Bezahlung aller Fahrkosten, wobei jedoch das wesentliche Element in der realen Senkung der Arbeitszeit und der Vergütung der gesamten Dienstzeit und vor allem in der wirklichen Anwendung der bereits getroffenen Vereinbarungen besteht. Weil man sie quasi hat abblitzen lassen, können die Gewerkschaften angesichts der Breite der in Gang gesetzten Bewegung nicht anders, als die Aktionen zusätzlich auf Dienstag, den 19., auszudehnen.

In gewisser Weise erleben wir eine ähnliche Entwicklung wie beim Einsetzen des Streiks vom November/Dezember 1995. Ein schlecht gelaufener Aktionstag, und die Gewerkschaften sind gezwungen, der Bewegung ihrer Basis zu folgen, indem sie so tun, als ständen sie an ihrer Spitze, was einen Gewerkschaftsführer dazu brachte zu sagen, daß »es sich um einen Konflikt der Beschäftigten handelt, der von den gewerkschaftlichen Organisationen geleitet wird«. Diesen Moment wählt Blondel, Chef der FO, für ein Gespräch mit dem Premierminister Juppé: Man könnte denken, daß sie eine gewisse Strategie festgelegt haben, um den Konflikt in Richtung auf die Entwicklungen hin zu orientieren, die er dann nehmen würde. Verschiedene Zeugen belegen den

Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden



Aufteilung der Arbeitszeit in Stunden



Groll der Mitglieder auf ihre Gewerkschaft. »Sie wurden von der Bewegung völlig überrollt, wir waren vom ersten Tag an 'soliert. ...« Ein anderer »beklagt den Mangel an Organisation, die Mißachtung durch die Verantwortlichen der CFDT

Wir haben sie nur am ersten Tag gesehen. Danach nicht mehr. Sie haben uns noch nicht einmal über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten.« Andere erklären: »Ich habe mich da eingeklinkt, ohne darüber nachzudenken«. Wieder andere fahren mit ihrem Lkw los, um eine Depotausfahrt zu blockieren, allein ohne Auftrag, und finden sich schließlich unter anderen Leuten wieder, die -weil auch ihr Lkw blockiert ist - sich der Bewegung anschließen und dann auch Blockaden mitmachen. Wichtig ist auch, daß sich spontane Solidarität organisiert: Leute von nebenan, Arbeiter anderer Unternehmen oder naheliegender Büros. Unzählige Aussagen bezeugen dieses lebendige Netz sowohl aus individuellen wie auch kollektiven Initiativen, das andere in Sympathieprozentsätze übersetzt haben (75 Prozent standen den Fahrern positiv gegenüber, 59 Prozent befürworteten ihre

tionskanäle, über die viele der Fahrer verfügen: Funkgerät, Handy... Es scheint auch so, daß gewisse entscheidende Blockaden sehr schnell unter der Kontrolle der Gewerkschaftszentralen waren, die dann die »Freisetzung« bestimmter Lkw oder Filter auferlegt haben; die Blockade bei Rungis (Halles de Paris) scheint unter der Kontrolle der CGT gewesen zu sein; hier kam es im übrigen auch zu Zwischenfällen anlässlich der Verschiebung dieser Blockade..

In der Nacht von Montag, den 18., auf Dienstag, den 19. bleiben die Blockaden bestehen und weiten sich in der Umgebung der großen Provinzstädte aus mit Schwerpunkt im Süden und in der Normandie. Im Laufe des Tages (19.11.) weiten sie sich auf die Raffinerien und die Kohledepots aus. Da die Bewegung nicht nachläßt, sondern sich im Gegenteil verbreitert (mehr als 50 Städte sind betroffen) und wichtige Industrien allmählich betroffen sind, müssen Peugeot in Sochaux, RVI in Blainville und Fabriken aus dem Nahrungsmittelsektor ihr Personal nach Hause schicken oder ihre Geschäftsaktivitäten aus Mangel an Nachschub reduzieren. Da die auf Druck der Regierung begonnenen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nichts ergeben,

bestimmt die Regierung einen »Vermittler« mit der Maßgabe, zu einem ausgewogenen Abschluß zu gelangen. Aber selbst unter dieser Führung geht das Palaver unermüdlich ohne Ergebnis weiter. Es scheint so, als ob man sowohl auf Regierungs- wie auf Gewerkschaftsseite auf eine Schwächung der Kampfkraft setzt: Es ist schwer zu sagen, ob die Gewerkschaften die Blockade von Paris oder die völlige Blockade gewisser Depots, Raffinerien oder Großmärkte wie zum Beispiel dem von Rungis gebremst haben; während die Medien jedenfalls versuchen, glauben zu machen, daß die wesentlichen Forderungen erfüllt sind, wächst die Zahl der Blockaden stetig an, vor allem in der Provinz, wo die gewerkschaftliche Kontrolle weniger effektiv zu sein scheint. Am 26. November zählt man

160 Blockaden, aber am 28., nachdem das Zugeständnis bezüglich der Rente mit 55 Jahren festgeklopft ist, sind es 240.13 Raffinerien und 400 Benzindepots sind blockiert; 2000 Tankstellen sind leer, aber keine einzige in Paris und der näheren Umgebung. Die »Nachgiebigkeit« an gewissen Blockaden scheint das Ergebnis von gewerkschaftlichen Interventionen zu sein, die versuchen, ein wenig »die Ecken abzurunden« oder, anders ausgedrückt, den Streik zu schwächen, und das oft gegen den Willen der Fahrer an den Blockaden (»Befreiung« der ausländischen Lkws, die in Calais blockiert waren).

Wer hat wirklich eine Ausweitung des Fernfahrerkonfliktes auf andere Branchen beabsichtigt? Abgesehen von der direkten lokal begrenzten Solidarität, von der wir gesprochen haben, hat sich der Streik nicht auf andere Sektoren ausgeweitet, weder spontan, noch durch Aktionen örtlicher militanter Gewerkschafter (die Besetzung einer Brücke am 26. November - initiiert von militanten Mitgliedern der CFDT im Depot der SNCF in Sotteville in der Nähe von Rouen - fiel aufgrund einer gewissen Verwirrung sehr kurz

ab, Notat von der CFDT sprach von einem Aktionstag am 11.12., nachdem sie die Meinung vertreten hatte, daß ein Solidaritätstag mit den Fernfahrern ihnen nur schaden würde, Blondel von der FO saß wieder zwischen allen Stühlen). Nach der ersten Streikwoche, in deren Verlauf die Verhandlungsführer hoffen, daß der Streik endlich zerbröckelt, findet die sechste Verhandlungssitzung mit Gewerkschaften und Arbeitgebern unter Leitung des Vermittlers (der Regierung) statt. Neue Vorschläge enthalten den Rentenbeginn mit 55 Jahren, eine Reduzierung der Karenztage bei Krankheit auf fünf Tage, die Erstattung der Hotelkosten unter jeden Umständen, aber nichts bezüglich des zentralen Punktes der Entlohnung und der Arbeitszeit. Sofort wollen die Medien und die spitzfindigen Erklärungen der Gewerkschaftsführer die Fernfahrer glauben machen, daß sie mit sehr viel mehr in ihrem Geldbeutel nach Hause zurückkehren sollen. Die Fernfahrer sind jedoch keineswegs dieser Meinung, weiten die Blockaden aus, so daß man am Donnerstag, dem 28. November, mehr als 250 Blockaden zählt. Da die ökonomischen Folgen sich in Frankreich wie auch im Ausland auszuweiten beginnen, werden die Diskussionen wieder aufgenommen und am Freitag, dem 29.11., mit der Unterzeichnung eines Einigungsprotokolls beendet. Es enthält die früheren Versprechungen und zusätzlich die Vereinbarung über eine sofort zu zahlende Prämie von 3000 Franc und vor allem die Ankündigung der Regierung, innerhalb der nächsten 14 Tage einen Erlaß auszuarbeiten, in dem sie die gesamte Dienstzeit der effektiv vergüteten Arbeitszeit angleichen wird. Ermüdung, das Bewußtsein, das Wesentliche erreicht zu haben, Parolen der Gewerkschaften: Die Blockaden lösen sich gleich nach Verkündung dieser Ergebnisse so schnell auf, wie sie sich gebildet haben.

Die Resultate des Streiks

Was die Fernfahrer gewonnen haben:

- ◆ Die Rente mit 55 Jahren? Das muß relativiert werden: Das Rentenalter wird auf 57,5 Jahre nach 25 Dienstjahren festgelegt, aber die Frührente auf 55 Jahre mit 75 Prozent der Bruttobezüge; »Le Monde« schreibt: Die Zeit von 57,5 bis 60 wird zu vier Fünftel vom Staat und zu einem Fünftel von der Rentenkasse bezahlt. Die Zeit von 55 bis 57,5 wird allein von der Rentenkasse finanziert (60 Prozent Arbeitgeberanteil, 40 Prozent Arbeitnehmerbeiträge).
- ◆ Die Karenztage bei krankheitsbedingtem Arbeitsausfall werden von zehn auf fünf Tage herabgesetzt.
- ◆ Aufwandsentschädigung von 145 Franc pro Nacht für Hotelkosten auch für Fahrer mit Schlafkabine.
- ◆ Sonntagsfahrverbot auch für ausländische Lkw.
- ◆ Einmalige Zahlung einer Prämie in Höhe von 3000 Franc.
- ◆ Dekret über die effektiv bezahlte Arbeitszeit innerhalb von 15 Tagen bis zum 15. Dezember (zwei unbezahlte »Ausgleichsstunden« für Kurzstreckenfahrer entfallen, Bezahlung der Überstunden, wenn diese über 40 [früher 42] Stunden



hinausgehen, Neuberechnung der Dienstzeiten und der wirklichen Arbeitszeit) (Genaueres darüber war nicht zu erfahren.)

Streik in Zeiten der »Lean Production«

Vor dem Hintergrund der Klassenfrage ist alles sehr klar geworden, fast ein klassisches Beispiel. Zunächst handelte es sich im Gegensatz zum Streik im vergangenen Jahr nicht um einen defensiven Streik gegen eine Entscheidung der Mächtigen: Er war eher eine Offensive aus einem »die-Schnauze-voll-haben« heraus von einem seit Jahren andauernden Zustand, der durch die ökonomische Krise schlimmer geworden ist. In diesem Sinn kann er vielleicht eine andere Botschaft beinhalten. Die abhängig beschäftigten Fernfahrer könnten alle Wunden der augenblicklichen Ausbeutung und den Druck des Kapitals, die Gewinne zu maximieren, symbolisieren: schwere Arbeit, niedrige Löhne, quasi unbegrenzte Ausweitung der unbezahlten Arbeitszeit, totale Flexibilisierung, Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, Beschäftigungsunsicherheit. Ihr Kampf zeigte Probleme auf, die heute einer grollen Anzahl von Arbeitern – vor allem im privatwirtschaftlichen Sektor – gemeinsam sind. Einer unglaublichen Atomisierung der Unternehmen, die eine maximale Umsetzung dieser Ausbeutungsbedingungen erleichtert und die häufig von den Strategen als ein Hindernis angesehen wird für die Überwindung dessen, was sie für eine Strategie des Kapitals halten, können sie eine quasi totale Einheit entgegenhalten. Und ohne die Uneindeutigkeit, die die vorangegangenen Kämpfe immer beinhaltet haben in bezug auf einen Katalog von Forderungen, der ihre Ausbeutungsbedingungen als Ganze berührte. In gewisser Weise könnte man den Kampf gegen die schlechte Bezahlung der gearbeiteten Stunden mit dem Kampf der russischen Arbeiter gegen die schlechte Zahlung ihrer Löhne vergleichen, aber er könnte auch Schule machen in bezug auf viele Arbeitsabläufe, die innerhalb des selben Tages in viele einzelne Arbeitseinheiten zerstückelt werden, wobei natürlich selbst die für die Arbeitenden unangenehmsten »Erholungspausen« nicht bezahlt werden (Anmerkung des Übersetzers: Gemeint ist damit beispielsweise die »freie« Zeit zwischen den Einsätzen bei kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit).

Der andere Aspekt der Klassenfrage ist, daß der Streik die Verwundbarkeit des modernen kapitalistischen Systems aufzeigt, in dem alles auf der Suche nach Profit so eng ineinander verschachtelt ist, daß die kleinste Lücke schnell das

Gleichgewicht des Ganzen ins Wanken bringt. Die Folgen der Fernfahrerblockade sind nicht nur auf nationaler Ebene spürbar geworden, indem über die Verteilung von Benzin oder von Nahrungsmitteln versucht worden ist, die Bevölkerung gegen die Fernfahrer aufzubringen. Sie war auch auf internationaler Ebene spürbar, was nur durch an Straßensperren aufgehaltene ausländische Fernfahrer oder in den Häfen und durch einzelne Zwischenfälle an den jeweiligen Sperren bekannt geworden ist. Wenn man die Landkarte betrachtet, ist es offensichtlich, daß Frankreich eine zentrale Position innerhalb des europäischen – sowohl des industriellen wie auch des landwirtschaftlichen – Warenverkehrs einnimmt. Der Ausweg über andere Straßen ist schwierig wie auch die Zuflucht zu anderen Transportmitteln wie Flugzeugen zu kostspielig oder zu wenig organisiert, um sofort auf sie ausweichen zu können. So mußten zahlreiche französische Unternehmen ihre Aktivitäten einstellen, nicht nur weil sie nicht mehr produzieren konnten, sondern auch weil sie ihre Produkte nicht mehr vertreiben konnten, weil viele Bauern, die in dem großen Verteilungsnetz gefangen sind, ihre Produkte nicht mehr umsetzen konnten.

Als der Streik – wie durch Vorsehung – seinem Ende zugeht, ist Volkswagen kurz davor, seine deutschen Werke wegen Materialmangels zu schließen, wie auch Peugeot, Citroën und Renault in Frankreich und in Spanien, aber auch dort waren die Stilllegungen gering und nur für den Fall ins Auge gefaßt, daß der Streik über das Wochenende des 30. November hinaus andauern würde (nur Scania mußte sein Werk in Angers schließen, Renault das in Douai). In Spanien waren mehr als 1000 Lkw mit Obst und damit 80 Prozent der Exportfrüchte blockiert. Mehr als 3000 belgische Lkw, die normalerweise Frankreich durchqueren, waren blockiert. Der Streik der dänischen Fernfahrer, der sich zeitgleich wegen Steuerreduzierungen abspielte, hat den gesamten skandinavischen Grenzverkehr blockiert (niemand hat jedoch von einer Koordination der beiden Bewegungen gesprochen).

Ein Erfolg im Kampf gegen die Deregulierung

Ein solches Beispiel kann vielleicht umso mehr Vorbild für andere Arbeiter sein, selbst wenn sie nicht solche Schlüsselpositionen einnehmen wie die Fernfahrer, als diese durch die Methode ihres Kampfes permanent zu illegalen Mitteln gegriffen haben. Im Oktober 1995 hatte eine Firma in der Normandie nach einem Konflikt, der die Entlassung von acht Fahrern nach sich gezogen hatte, gegen diese Beschäftigten, die die firmeneigenen Lkw als Streikinstrumente benutzt hatte, wegen »Entwendung von Lastkraftwagen« und »Erpressung von Aktienfonds als organisierte Bande« Klage eingereicht. Neben dem Versuch der Kriminalisierung des Streiks macht eine solche Aktion von seiten des Arbeitgebers deutlich, daß der Streik von Anfang an in einer quasi vollkommenen Illegalität stattfand: Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung durch Straßenblockade, Behinderung der »Freiheit auf Arbeit«, Entwendung von Material. Was praktisch niemand bei seinem richtigen Namen genannt hat, »Streikbrecher« benutzten in der Tat – was man manchmal in anderen Kämpfen gesehen hat – ihr Arbeitsinstrument als Kampfinstrument.

In einer solchen Illegalität, die in der unmittelbaren Umgebung echte Solidarität in Form von Versorgung gefunden hat und die Zustimmung von fast zwei Drittel der Bevöl-

kerung gehabt hat, stellt sich die Frage, warum die Regierung nicht die Polizei oder die Armee intervenieren ließ, wie sie es am Ende des Konflikts in 1992 tat. Einerseits könnte man denken, daß sie angenommen haben, die Gewerkschaften behielten eine gewisse Kontrolle über den Kampf und die Bewegung höre in der Endphase nach allen Zugeständnissen endlich auf – was ja auch in der Tat in dem Moment eingetreten ist, als die schlimmsten ökonomischen Folgen erst noch gekommen wären. Andererseits waren sich Regierung und Gewerkschaften bewußt, daß ein staatliches Eingreifen, das schon an sich – gemessen an der beeindruckenden Anzahl von Blockaden und deren Flexibilität – schwierig gewesen wäre, nur den Effekt gehabt hätte, die Bewegung noch mit unvorhersehbaren Konsequenzen zu stärken und andere Arbeiter in aktiver Solidarität in die Kämpfe einzubeziehen: Die Straßenbahner in Marseille, deren Kampf 1995/96 den Endpunkt der Bewegung vom Vorjahr gebildet hatte, drohten damit, sofort in Solidaritätsstreik zu treten, wenn die Polizei intervenieren würde, um die Blockaden zu durchbrechen.

Die Forderungen von seiten der Regierung in den paritätisch geführten Diskussionen und vor allem jene in den Arbeitgeberverbänden, den Streik so schnell wie möglich zu beenden, belegen, daß alle beteiligten Führer ein klares Bewußtsein davon hatten, daß jeglicher Fehltritt, der Unvorhersehbares und Unkontrollierbares hätte provozieren können, verhindert werden mußte.

Wie jeder Kampf von einer gewissen Größe hat auch dieser Kampf mit seinem gemischten Ergebnis besonders wichtige politische Konsequenzen. Die erste besteht im Nachgeben in der Frage des Rentenalters: Im Rahmen der vor einem Jahr definierten Politik, das Rentenalter zu erhöhen, mutet die Rentenregelung nun nicht nur wie eine Niederlage an, sondern vielmehr wie das Öffnen einer Tür, durch die andere Gruppen auch hindurchströmen können.

Ähnlicher Natur sind die diversen Zugeständnisse bezüglich Arbeits- und bezahlter Stunden, Flexibilisierung aller Fragen, die den Kern des Produktionsprozesses betreffen: Das mag so scheinen, als richte es sich an die Arbeitgeber; aber in dem Moment, in dem die Regierung sich gezwungen sieht, dieses Problem per Erlaß zu regeln, kann man sagen, daß der Klassenkampf sie dazu zwingt, der Deregulierung und dem Liberalismus ein Ende zu bereiten, um den Arbeitgebern wieder strikte Regeln bezüglich der Arbeitsbedingungen aufzuerlegen. Natürlich hängt alles von der Anwendung dieser Vorgaben ab, was genauso von der Kontrolle und den Sanktionen der staatlichen Organe abhängt, aber noch mehr von dem Kräfteverhältnis in den Unternehmen, das bisher zugunsten der Arbeitgeber ausfiel. Man kann davon ausgehen, daß nach diesem Streik dieses Kräfteverhältnis von den beschäftigten Fernfahrern verändert worden ist.

Eine politische Konsequenz von noch größerer und allgemeinerer Bedeutung besteht in der indirekten Hinterfragung des gesamten kapitalistischen Systems selbst; die erzwungene Öffentlichkeit und die offensichtlichen Auswirkungen der Aktionen haben in weitem Umfang durch das Aufdecken der Arbeitsbedingungen und des Drucks, der auf den großen Unternehmen und allen auf dieser Leiter in einem grausamen, unerbittlichen und wilden Wettbewerb Stehenden lastet, die Ahnung einer Gesellschaft entstellen lassen, in der nur der Kampf der Basis den Beginn bilden kann, das gesamte System in Frage zu stellen.

■ AUS PARIS:

Widerstand gegen den »Plan Arthuis«

Ein Arbeitskampf macht in Frankreich Aufsehen, der in der deutschen Öffentlichkeit so gut wie keine Beachtung findet: die Auseinandersetzung um den »Plan Arthuis«. Dabei hätte diese Auseinandersetzung auch in Deutschland eine andere Aufmerksamkeit verdient, weil sie in verschiedener Hinsicht bemerkenswert ist.



Der »Plan Arthuis« sieht die Liquidation der staatlichen Hypothekenbank »Crédit foncier de France« (CFF) vor. Von den heute 3.300 Angestellten sollen 1500 in eine neu zu gründende Hypothekenbank übernommen werden, 800 Angestellte sollen solange noch bei der CFF beschäftigt bleiben, bis das Vermögen der CFF verkauft ist. Noch im Februar soll im Parlament über diesen Plan entschieden werden.

Vorher hatte es 18 Monate lang Verhandlungen über die Zukunft der CFF gegeben, als am 15. Januar der Finanzausschuß der Nationalversammlung den »Plan Arthuis« bekannt gab. Daraufhin forderten die Beschäftigten die Unternehmensleitung auf, öffentlich Stellung zum »Plan Arthuis« zu beziehen. Als die Unternehmensleitung am 17. Januar



nur nichtssagende Erklärungen abgab, beschlossen die Beschäftigten, das Management einzusperren und die Zentrale der CFF zu besetzen. Seitdem hielten 500 Angestellte die Zentrale der CFF Tag und Nacht besetzt. Das Besondere bei dieser Besetzung war aber nicht nur, daß die Unternehmensleitung (7 Manager) eingesperrt im Gebäude saß, für die Kunden der Bank blieben die Schalter weiterhin geöffnet und soweit wie möglich wurden von den Beschäftigten der Publikumsverkehr aufrechterhalten. Dies war den Mitarbeitern der CFF deshalb so wichtig, weil die Bank Kreditgeber für den sozialen Wohnungsbau in Frankreich ist. Die Besetzer verstanden es so, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß der Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auch ein Kampf gegen die Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus ist. Dies brachte den Mitarbeitern eine Welle von Sympathiebekundungen der Bevölkerung ein.

Weniger begeistert waren die Regierenden und der Unternehmerverband, was nicht verwundert. Was eher verwunderlich ist, daß auch die Sozialistische Partei (PS) und die mit ihr verbundene Gewerkschaft CFTD auf Distanz zu den Besetzern ging. Offensichtlich sieht die PS-Führung genauso wie die jetzige Regierung unter Juppé keine andere Lösung für die Finanzkrise des Staates als durch den Abbau des Sozialstaates.

Die Gewerkschaften CGT und FO unterstützten zwar verbal den Arbeitskampf, und viele der sich im Kampf befindlichen Angestellten sind Gewerkschaftsmitglieder. Die Organisation des Arbeitskampfes lief aber selbstorganisiert abseits der Gewerkschaftsstrukturen.

Wie schon bei dem Eisenbahnerstreik 1995 kann man auch heute in Frankreich eine Entwicklung erkennen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß sich in großen Teilen der Bevölkerung eine zunehmende Distanz zu den traditionellen politischen und gewerkschaftlichen Strukturen aufbaut, denen man nicht zutraut, die sozialen Probleme des Landes zu lösen. In dem Kampf um die Erhaltung der CFF deuten sich neue Formen und Strukturen bei der Auseinandersetzung um soziale Fragen an. nach »rouge«, 5. 2. 97 ■





■ US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Sieg für Clinton – die Rechte weiter auf dem Vormarsch

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA mag auf den ersten Blick paradox erscheinen. Auf der einen Seite steht der Sieg Clintons, der mit gut 49 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen als erster Demokrat seit Franklin D. Roosevelt eine Wiederwahl ins Präsidentenamt schaffte. Auf der anderen Seite bleibt die seit Ende 1994 bestehende Mehrheit der Republikaner im Kongreß erhalten. Damit sind die Weichen in der US-Innenpolitik für die nächsten vier Jahre in Richtung einer faktischen »großen Koalition« zwischen demokratischem Präsident und republikanischer Kongreßmehrheit gestellt. Das zwiespältige Wahlergebnis ist Ausdruck der anhaltenden Umgruppierungen in den Wählerlagern der beiden herrschenden Parteien. Zugleich zeigt sich, daß die reaktionären und rassistischen Strömungen und Stimmungen, die den Sieg der Republikaner vor zwei Jahren ermöglichten, keineswegs verschwunden sind und die US-Innenpolitik weiter in entscheidender Weise beeinflussen.

Das Wahlergebnis

Insganzen genommen drückt das Wahlergebnis den Wunsch der Wählermehrheit nach einer Fortführung der von Clinton und den ihn stützenden »neuen Demokraten« betriebenen Politik aus – also: schrittweiser Sozialabbau, Fortsetzung der unter Reagan begonnenen Deregulierung wichtiger Wirtschaftssektoren und Reformen der für die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft wichtigen Institutionen wie des Bildungs- oder des Gesundheitswesens. In der bürgerlichen Presse wurde die gesplante Stimmabgabe vieler Wähler zu recht so interpretiert, daß sich die Masse der US-Wähler mit den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Moment nicht unwohl fühlt. Sorgt die starke Position der Republikaner im Kongreß dafür, daß staatliche Ausgabenprogramme gekürzt werden, Steuern niedrig bleiben und der Sicherheitsapparat zur Kontrolle der sozialen Unruheherde in den verelendeten Innenstädten und an den Grenzen zu Mexiko weiter ausgebaut wird, so wird Clinton als Garant dafür gesehen, daß die herrschende neo-liberale Politik sozusagen »ein menschliches Antlitz« behält.

In das Bild einer solchen »Konsenswahl« (so die linke Zeitschrift »The Nation«) paßt auch, daß unabhängige Kan-

didaten innerhalb des bürgerlichen Lagers dieses Mal keine Rolle spielten. Der Unternehmer Ross Perot, der bei der letzten Präsidentschaftswahl im Jahre 1992 noch 19 Prozent der Stimmen erreichen konnte, spielte dieses Mal nur eine untergeordnete Rolle und landete mit acht Prozent der Stimmen abgeschlagen auf dem dritten Platz.

Der »Trend zur Mitte« – die allerdings weit nach rechts gerutscht ist – war unter allen Klassen und Schichten verbreitet. Die Wahlanalysen von US-Meinungsforschern und -Medien konnten in dieser Hinsicht kaum Unterschiede in den einzelnen Wählergruppen feststellen. Als politisches »Stimmungsbarometer« für die US-Gesellschaft insgesamt sagen Wahlergebnisse allerdings immer weniger aus, denn die Wahlbeteiligung geht ständig zurück. Mit 51 Prozent erreichte sie dieses Mal ein neues Rekordtief. In wahlentscheidenden Bundesstaaten, wie zum Beispiel in Kalifornien, gingen gar nur noch 39 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Alle Bemühungen, durch eine Erleichterung des komplizierten Verfahrens der Wählerregistrierung¹⁾ oder durch die Mobilisierung von Neuwählern aus den Reihen kürzlich eingebürgerter Einwanderer aus Mexiko und anderen Dritte-Welt-Ländern die Wahlbeteiligung zu verbessern, halfen da nichts.

Das neben der Wiederwahl Clintons vielleicht wichtigste Ergebnis dieser Wahlen lag darin, daß es den Demokraten in den meisten Wahlkreisen und Bundesstaaten nicht gelang, die 1994 neu gewählten Kongreßabgeordneten und Senatoren der Republikaner wieder aus ihren Positionen herauszuhebeln. Von 70 Wahlkreisen glückte dies nur in zwölf (New York Times, 7.11.1996). Die parlamentarische Position der neuen Rechten wurde damit beträchtlich gestärkt. Die Ämter in den wichtigen Positionen des Kongresses (insbesondere der Vorsitz in Ausschüssen) werden nach dem »Dienstalter-

1) Das sogenannte »Motor Voter Law« (etwa: Autofahrer-Wahlgesetz) hatte es im Vorfeld der Wahlen erstmals möglich gemacht, die Wählerregistrierung in Führerschein- und Kfz-Zulassungsstellen vorzunehmen. Damit sollten vor allem junge Arbeiterwähler angesprochen werden, denen der soziale Kontakt zu den üblicherweise als Wahl- und Registrierungslokale dienenden Einrichtungen wie Schulen, öffentlichen Bibliotheken oder Gemeindezentren fehlt. Die Zahl der auf diesem Wege gewonnenen Neuwähler war allerdings so gering, daß sie keine Auswirkung auf die Wahlbeteiligung hatte.



»Ich heiße **Bill Niklas** und ' bin ein echter Obdachloser. Hier in der Gegend im Zentrum von Chicago wird das Klima immer rauher. Man vertreibt uns aus den Parks, man vertreibt uns aus den öffentlichen WC-Anlagen, den Duschen, die die Obdachlosen benutzen durften. Man vertreibt uns einfach aus der Innenstadt. Man erlaubt uns nicht einmal mehr zu betteln, nicht einmal ein bißchen. Wenn sie uns wenigstens in bestimmten Gebieten in Ruhe ließen, das gäbe uns eine Alternative. Es gibt keine Jobs. Es wird nicht einmal der Versuch unternommen, Jobs zu schaffen. Man treibt uns lediglich von einem Teil der Stadt in einen anderen. Und wenn man endlich in dem anderen Stadtteil angekommen ist, dann geht das Spiel von neuem los. Die Leute werden einfach immer nur im Kreis herumgetrieben. Unser Hauptproblem sind Jobs. Dieser Stadtteil von Chicago hat zum Beispiel soeben eine Verordnung über Mindestlöhne verabschiedet. Danach liegt der Mindestlohn bei 4,25 \$ pro Stunde. Wir sagen aber, wenn jemand nach Chicago kommt, um Steuern zu sparen oder Subventionen zu kassieren, dann muß er mindestens 7,60 \$ pro Stunde bezahlen.

Das würde eine vierköpfige Familie über die Armutsgrenze bringen. Das wäre doch sinnvoll oder? Aber eine Menge dieser Leute sagt, wir können keine 7,60 \$ pro Stunde bezahlen, sonst machen wir Verlust. Sie würden doch auch nicht für 4,25 \$ die Stunde arbeiten oder? 4,25 \$ pro Stunde, damit kann man nicht einmal die Miete bezahlen. Die Hälfte der Obdachlosen in Chicago arbeitet voll, kann aber die Miete nicht bezahlen.«

prinzip«, also nach der Dauer der Parlamentszugehrigkeit, besetzt. Die 1994 neugewählten republikanischen Abgeordneten können nun über die nächsten vier Jahre die für solche Positionen wichtige »Seniorität« erwerben.

Dies war insbesondere auch ein Mißerfolg für die Gewerkschaften, die unter ihrer neuen Führung um John Sweeney insgesamt 35 Mio. \$ für den Wahlkampf zugunsten der Demokraten aufgebracht hatten. Diese Mittel waren gezielt auf jene Wahlkreise konzentriert worden, die 1994 von den Demokraten an die Republikaner übergegangen waren. Zwar konnten die Gewinne der Demokraten auch den Stimmen und der erhöhten Wahlbeteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern zugeschrieben werden. Das von der Führung des AFL-CIO erklärte Ziel, die Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus wiederzugewinnen, wurde aber nicht erreicht.

Die überwiegende Stimmung der Wähler war indes weder auf Protest gegen die Auswiche kapitalistischen

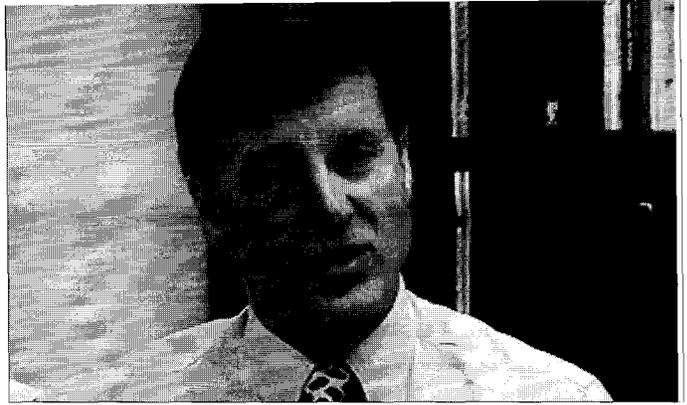
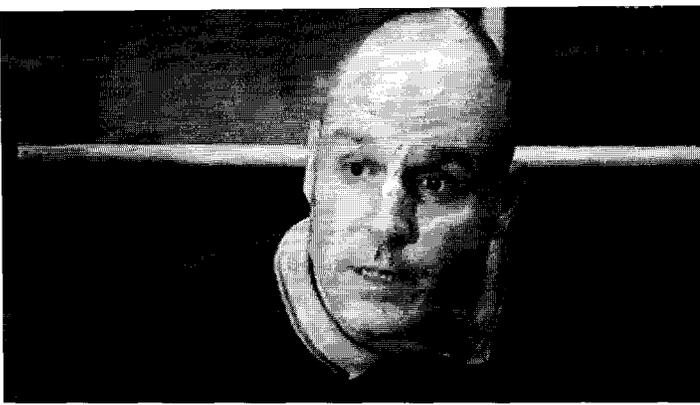
Debby Schroeder, eine arbeitslose Büroangestellte, besucht in Chicago das Kleiderlager einer karitativen Organisation. Diese Organisation, wie viele andere auch, wird dort aktiv wo der Staat aufgegeben hat, nämlich arbeitslosen Menschen zu helfen, einen neuen Job zu bekommen. Debby will sich neu einkleiden lassen, damit sie sich für einen Job bewerben kann. Sie erzählt: »Ich weiß, viele sind in dieser Lage, und das ist nicht gut, aber mit Gottes Hilfe werden wir das vielleicht alle durchstehen.

Wenn ich bis Freitagabend oder Samstagmorgen keine endgültige oder zumindest eine vorübergehende Lösung gefunden habe, dann muß ich damit rechnen, daß der Sheri und seine Leute um 6 Uhr morgens bei mir auftauchen und meine Wohnung buchstäblich leerrumen. Und nicht gerade sanft, wie ich weiß. Sie achten niemandes persönliche Hab oder sonst etwas. Ich will dieses Land nicht verlassen. Wo sonst könnte ich hin? Mir gefllt Europa, aber ich weiß nicht wie gut es dort läuft im Vergleich zu den USA. Ich lieb Amerika.«

Schlägen. In Kalifornien, wo traditionell am ausgiebigste über solche »Propositions« abgestimmt wird, wurde zwar ein Vorschlag zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Zugleich wurde aber mit einer Mehrheit von 52 Prozent ein von der republikanischen Rechten eingebrachter Vorschlag angenommen der die vollständige Abschaffung aller staatlichen Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Minderheiten (»affirmative action«) bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst bei der Vergabe staatlicher Aufträge und beim Hochschulzugang vorsah. Andere Gesetzesinitiativen, die auf eine stärkere Kontrolle des Geschftsgebarens großer Unternehmen zielten, wurden glatt abgelehnt. Dies galt zum einen für die Propositions 214 und 216, die eine Begrenzung der Profit und strengere Auflagen für die Behandlungsmethoden des Gesundheitswesens dieses Staates beherrschenden privaten Krankenhauskonzerne forderten. Zum anderen für die Proposition 211, die einen verbesserten Aktionrnschutz durch gesetzliche Auflagen zur Offenlegung von Gewinnen und Geschäftszahlen von Aktiengesellschaften vorsah.

Arbeitsplatzabbau, Regierungsschlieung und die Kampagne Pat Buchanans

Wie auch in der bürgerlichen Presse dargestellt, profitiert Clinton in seiner Wahlkampagne vor allem von der derzeitigen im internationalen Maßstab relativ günstigen wirtschaftlichen Situation der USA. Diese bildete die Grundlage dafür



In einem Shelter, einer Suppenküche für Arme. **Mike Berry**, 47 Jahre alt, wurde von der örtlichen Pepsi-Cola-Fabrik entlassen: *»Ich hatte ein zweistöckiges Haus im alt-englischen Stil, ich hatte ein Wohnzimmer mit offenem Kamin, drei Schlafzimmer oben, Doppelgarage: der amerikanische Traum. 16 bis 17 Jahre habe ich dort mit meiner Frau und der Familie gewohnt – nun, es ist zuende. Ich habe versucht, meine Selbstachtung zu bewahren, bin immergut angezogen habe mir mal ein Basketball-Spiel in meiner alten Gegend angesehen, meine früheren Nachbarn waren da, auch meine Kinder. Mein Jüngster kam zu mir gelaufen, fragte mich – sie hatten also herausgefunden, daß ich in einem Pappkarton schlafe, unter einem alten MAG-Truck – woher wissen die das? Immerhin ist mein Schlafplatz 3 1/2 Meilen, 50 Häuserblocks entfernt von der Gegend, wo ich mal gewohnt habe, als ich noch verheiratet war und Arbeit hatte.«*

Transkripte aus einem französischen Fernsehbericht
von Alain de Sedon:
»Das Modell Amerika in der Krise«
arte, im Januar 1997

Brian, 52 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, ehemaliger leitender Angestellter eines großen Unternehmens, verschickte 5000 Bewerbungsschreiben durchs ganze Land. Um dann 150 km von seinem Wohnort entfernt eine Stelle zu finden. Während der Jobsuche hat sich Brian erheblich verschuldet, seine Lage ist bedenklich geworden. Wie viele Amerikaner lebt Brian auf Kredit, ohne Sozialversicherung, ohne Arbeitslosenversicherung und mit eingeschränkter Altersversorgung. Einen Rettungsring gibt es nicht. Brian sieht die Hoffnung auf eine Lebensstellung schwinden, eine Welt der Sicherheiten bricht für ihn zusammen. Er kann sich

zeigte sich gegenüber den Forderungen der Republikaner nach drastischen langfristigen Ausgabenbegrenzungen in wichtigen Sozialhaushalten unnachgiebig und scheute nicht davor zurück, die Regierung zeitweise ohne genehmigten Haushalt arbeiten zu lassen. In der Folge wurden zu Anfang dieses Jahres zweimal für mehrere Tagen sämtliche Bundesbehörden innerhalb und vor allem außerhalb Washingtons geschlossen. Clinton widersprach zwar in keiner Weise der Notwendigkeit neuer Sparmaßnahmen, wollte diese aber so umsetzen, daß die sozial Schwächsten nicht am schärfsten betroffen wurden.

Die Auseinandersetzung um den Haushalt wurde für die Republikaner vor allem deshalb ein Mißerfolg, weil es Clinton durch geschicktes Taktieren gelang, die Verantwortung für die Schließung der Bundesbehörden Gingrich und seinen

sogar vorstellen, selbst einmal zu den Obdachlosen zu gehören. Brian ist aber auch Amerikaner. Er hat gelernt, sich niemals pessimistischen Gefühlen hinzugeben. Er bewahrt seinen Glauben an sich selbst, an sein Land und an Gott. Brian macht sich auf den Weg nach Manrow, seinen neuen Arbeitsplatz in Wisconsin.

»Ich habe ein gutes Haus, doch wir haben vor, uns zu verkleinern. Man verliert den Job, man ist deprimiert. Es ist schwierig, manche Leute kommen aus dem Tief niemals heraus.« Brian hat eine neue Anstellung als Personalchef gefunden, wie früher. Sein Gehalt ist jetzt nur noch halb so hoch. *»Ich glaube, in den USA gibt es eine Menge Leute, die ihren Job verloren haben, obwohl sie über eine gute Ausbildung verfügen. Bisher war es immer der Arbeiter, der seinen Job verloren hat. Aber die Entlassungen der letzten Zeit betrafen sämtlich Angestellte. Und die meisten dieser Angestellten verfügten über einen College-Abschluß oder sogar qualifiziertere Abschlüsse. Wenn man sich um einen Job kümmert, der auch noch schlechter bezahlt wird, dann bekommt man zu hören: 'Wir sind nicht so sicher, ob wir jemanden einstellen wollen, der so qualifiziert ist, so jemand bleibt nicht lange in der Firma.'*

Ich bin mir sicher, daß jeder von uns einen Betrieb leiten könnte. Und wenn wir plötzlich Geld einsparen müßten, würden wir einfach 2000 Leute entlassen. Das kann jeder. Dazu braucht man nicht viel im Kopf zu haben. Man braucht aber Grips und Fachkenntnis, um sagen zu können: Wir müssen 2000 Leute abbauen! Aber wie können wir das bewerkstelligen? Ist das im Rahmen der natürlichen Fluktuation möglich? Können wir diesen Leuten bei der Suche nach anderer Arbeit helfen anstatt sie nur einfach zu entlassen? Ich möchte nicht einfach als Rausschmeißer bezeichnet werden, der immer wieder Leute auf die Straße setzt. Leuten zu kündigen, ist nicht einfach. Das ist bestimmt das schwierigste an diesem Job. Ich bin nicht wirklich ein Jobkiller für die Leute. Im Grunde helfe ich der Geschäftsleitung, eine Entscheidung zu fällen. Aber hinter dieser Entscheidungsfindung oder den Informationen, die ich für das Management vorbereite, und das ist das Schöne an der Arbeit für diese Firma, steht das Bemühen, die Leute anständig zu behandeln.« Das Paradoxe an der Geschichte: Brians neue Aufgabe ist es, Mitarbeiter darüber zu informieren, daß sie entlassen werden. *»Anständig«* macht er es, indem er jeden von ihnen persönlich zuhause aufsucht. *»Terminated«*, wie er selbst sagt, Arbeitsverhältnis beendet, gefeuert! So schnell kann sich das Blatt wenden.

Parteifreunden in die Schuhe zu schieben. Die Republikaner unterschätzten in dieser Auseinandersetzung vor allem jenen politischen Faktor, der ihnen vor zwei Jahren maßgeblich zum Erfolg verholfen hatte, nämlich das in allen

US-Bevölkerungskreisen in extremer Weise vorhandene Mißtrauen in Staat, Regierungsapparat und Parlamente. Die »closed«-Schilder an Regierungsbüros und Behörden bestätigten in geradezu exemplarischer Weise die Vorstellung, daß die Politik in Washington ein schmutziges Spiel ist, dessen Folgen immer der »kleine Mann« zu tragen hat.

Konnte Clinton die vorherrschende »Anti-Staats-Stimmung« dieses Mal für sich ausnutzen, so zeigten sich in den Vorwahlkampagnen zu Anfang dieses Jahres die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Republikaner, ein langfristig stabiles Wählerbündnis für ihre Politik aufzubauen. Am deutlichsten wurde das am Auftreten Pat Buchanans, des früheren Redenschreibers Ronald Reagans. Buchanan war mit einer massiv gegen das republikanische Partei-Establishment, gegen die »neuen Demokraten« mit ihren Affären und »Karriereweibern« und gegen den immer weiter zunehmenden Strom neuer Einwanderer gerichteten »Botschaft« angetreten Zielscheibe seiner ausländerfeindlichen und rassistischen Rhetorik war vor allem das von Clinton ausgehandelte und von den Gingrich-Republikanern unterstützte Freihandelsabkommen NAFTA. Zugleich forderte er die Abriegelung der Grenze zu Mexiko durch deren strenge militärisch-polizeiliche Bewachung und den Bau eines Tausende Meilen langen Zaunes. Diese Parolen fanden ihre stärkste Unterstützung in Kreisen weißer, männlicher Industriearbeiter, vor allem in den vom Arbeitsplatzabbau betroffenen Staaten des mittleren Westens.

Im Unterschied zu dem Milliardär Ross Perot, der vor vier Jahren mit ähnlichen, wenn auch nicht so offen rassistischen Positionen einen Stirnmanteil von 19 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen erreicht hatte, präsentierte sich Buchanan in besonderer Weise als »Arbeiterfreund«. Er griff jene Argumente auf, mit denen die Gewerkschaftsführungen das NAFTA-Abkommen bekämpft hatten und die später auf dem Altar der »Solidarität mit einer Demokratischen Regierung« geopfert worden waren. Vor allem aber griff Buchanan direkt die Unternehmer an, insbesondere jene führenden Adressen des »big business«, die gerade in den Jahren 1995 und 1996 mit immer neuen Arbeitsplatzstreichungen für Schlagzeilen sorgten.

Auch wenn – wie es manche US-Linke machen – die Kampagne Buchanans nicht unbedingt als Zeichen für die Möglichkeiten einer klassenorientierten Wahlalternative der Linken zu sehen ist, so zeigten sich in der Vorwahlkampagne doch die grundsätzlichen Probleme der Gingrich-Republikaner. Das in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend verschlissene Wählerbündnis aus kleinen Selbständigen, aufstiegsorientierten Mittelschichten und Teilen der weißen Arbeiterschaft, das seinerzeit den Aufstieg Reagans ermöglicht hatte, läßt sich unter den heutigen Verhältnissen nicht ohne weiteres wieder herstellen. Dies ergibt sich zum einen aus den geänderten weltpolitischen Bedingungen – also vor allem daraus, daß das Feindbild Sowjetunion heute nicht mehr als ideologischer Kitt für reaktionäre Wahlkoalitionen taugt. Aber auch die innenpolitischen Verhältnisse haben sich geändert: Anders als vor fünfzehn Jahren ist es heute offenbar nicht mehr so, daß die bessergestellten Teile der zumeist weißen Industriearbeiterschaft aus ihrer Enttäuschung über die Demokraten in großer Zahl ins Lager der Republikaner überlaufen.

Die Erfahrung, daß die Wirtschaftspolitik der Reagan-Jahre die angeknackste wirtschaftliche Vormachtstellung der

USA auf dem Weltmarkt nicht wiederherstellen konnte (vergleiche Arpo 1/88 und 5/91), sitzt hier nach wie vor tief. Hinzu kommen zwei neue Momente. Erstens nämlich die Auseinandersetzung um NAFTA: Diese hat gezeigt, daß die Reorganisierung der internationalen Handels- und Produktionsbeziehungen und die damit verbundene verstärkte Ausnutzung niedrig bezahlter Arbeitskraft in Ländern der dritten Welt eine absolute Priorität für praktisch alle wichtigen Kapitalfraktionen und Unternehmergruppen ist, gegen die sich heute weder Republikaner noch Demokraten stellen. Zweitens ist deutlich geworden, daß auch die auf der weitgehenden Verdrängung der Gewerkschaften, der an allen Fronten gesteigerten Arbeitsintensität und der massiven Nutzung von Billiglohnarbeit in der dritten Welt beruhenden Kostenvorteile der US-Wirtschaft den Arbeitsplatzabbau gerade in den großen Industrieunternehmen vom Schlege General Motors, AT&T oder IBM in keiner Weise gebremst haben.

Ein beherrschendes politisches Schlagwort war während der Wahlkampagne nicht umsonst der Begriff »downsizing« (Verschlankung) – aufgebracht durch eine Artikelserie in der »New York Times«, die inzwischen auch als Taschenbuch in jeder Vorstadt-Buchhandlung zu erstehen ist. Hier wurde in schonungsloser Offenheit dargestellt, in welchem Umfang gerade in den letzten vier Jahren Arbeitsplätze abgebaut und ganze Regionen weiterhin der wirtschaftlichen Verödung preisgegeben wurden. Zugleich wurden die Diskussionen über neue Konzepte zu einer »sozialverträglichen« Bewältigung des Beschäftigungsabbaus (darunter auch immer wieder das bundesdeutsche »Modell«) wieder belebt. Eine solche Debatte um den Arbeitsplatzabbau in der Industrie ist zwar keineswegs neu. Allerdings fand sie dieses Mal in einer politischen Situation statt, wo sich alle Versprechungen und Konzepte der Clinton-Administration und ihrer progressiv-liberalen Beraterstäbe für eine neue Beschäftigungspolitik als heiße Luft erwiesen hatten.

Der linke Komiker Michael Moore bringt diese Stimmungslage vielleicht am besten zum Ausdruck. Er wurde bekannt durch seinen Film »Roger and me«, der in sarkastischer Form die Machtlosigkeit der Lohnabhängigen gegenüber der Arbeitsplatzvernichtung durch den General-Motors-Konzern zeigt. Sein dieses Jahr erschenenes neuer Buch mit dem Titel »Downsize this!« wurde ein Verkaufsschlager, seine Lesungen füllten gerade in den »alten« Industriegebieten während der letzten Wochen die Säle.

»Dead Man Walking« – die Kandidatur Robert Doles

Unter diesem Vorzeichen überließen die neuen Rechten bei den Republikanern in der Präsidentschaftskampagne 1996 einem Vertreter der »alten Garde« der Partei das Feld. Gingrich trat nach der Schlappe in der Haushaltsauseinandersetzung zur Seite und erklärte seine Unterstützung für die Kandidatur Robert Doles.

Dole repräsentiert nicht nur das traditionelle »Establishment« der Republikaner mit ihren engen Verbindungen zu den in New York und an der Ostküste angesiedelten Machtzentren der Großindustrie und des Bankkapitals. Er ist zugleich Vertreter einer auch in den neunziger Jahren noch nicht ausgestorbenen bürgerlichen Sozialpolitik, die in der Republikanischen Partei der Nachkriegsära ihren Platz hatte. Im Unterschied etwa zu den Sozialausschüssen in der bundesdeutschen CDU sind die eine solche Politik tragenden

weiter auf Seite 22

Clintons Sozialhilfe-Gesetze

Das Sozialhilfereformgesetz („welfare reform law“) vom Sommer 1996 bildet eine gewisse Abkehr vom bisherigen Kurs der Regierung in der Sozialpolitik, weil damit erstmals eine einschneidende bundespolitische Maßnahme des Sozialabbaus durchgesetzt wurde. Diese bedeutete zugleich einen Angriff auf ein Kernstück der in der Ära Roosevelt in den dreißiger Jahren geschaffenen staatlichen Sozialpolitik.

Bereits vor seinem Amtsantritt 1992 hatte Clinton versprochen, die »Sozialhilfe, so wie wir sie kennen« zu beenden. Gemeint war damit, daß die bisherigen direkten finanziellen Unterstützungen für Sozialhilfeberechtigte durch ein kombiniertes System von zeitlichen Befristungen der Hilfszahlungen, Ausbildungsmaßnahmen und Job-Einstiegshilfen abgelöst werden sollte. Die Rhetorik Clintons richtete sich erkennbar gegen die Fürsorgepolitik des »klassischen« Sozialstaats Roosevelt'scher Prägung und paßte in das von den Clinton unterstützenden »neuen Demokraten« propagierte allgemeine Ziel des »schlanken Staates«. Obwohl sich viele von Clintons Unterstützern aus dem linksliberalen Lager entrüstet zeigten, war die Unterzeichnung des mit republikanischer Mehrheit im Kongreß verabschiedeten Sozialhilfegesetzes somit nicht überraschend.

Einen deutlichen Rechtsschwenk der Regierung stellte dieser Vorgang aber vor allem deshalb dar, weil Clinton auch die von den Republikanern in das Gesetzespaket eingebaute Kürzung zahlreicher Sozialhilfeleistungen für Immigranten akzeptierte. In Geist und Buchstaben entsprach dies in vieler Hinsicht dem von der republikanischen Rechten zwei Jahre zuvor in Kalifornien erfolgreich betriebenen Volksbegehren zum Ausschluß »illegaler« Immigranten von Sozialhilfe, Gesundheitsleistungen und Schulbesuch (»Proposition 187«). Clinton hatte dies stets kritisiert, gab damit aber in der heißen Phase des Wahlkampfes der von Buchanan und anderen geschürten ausländerfeindlichen Stimmung nach. Zudem verlagert das Gesetz wesentliche Kompetenzen bei der Gewährung der Sozialhilfe auf die einzelnen Bundesstaaten. Auch dies entspricht einem zentralen Ziel der republikanischen Rechten, nämlich der Stärkung der Stellung der Bundesstaaten gegenüber der Bundesregierung (übersetzt in die Sprache der Finis, Haider und Stoibers in Europa: »Autonomie der Regionen«).

Das Sozialhilfegesetz sieht im einzelnen folgende Maßnahmen vor (Angaben des US-Kongresses nach Knight-Ridder Newsservice v. 2.8.96):

◆ Verlagerung der Berechtigungsprüfung und der Festlegung der Vergabekriterien der Sozialhilfe in die Verantwortung der Bundesstaaten; bisher wurden Sozialhilfeleistungen für alle US-Bürger nach gleichen Regeln vergeben, den einzelstaatlichen Behörden kam lediglich ein Ermessensspielraum bei deren Auslegung zu.

◆ Begrenzung des Sozialhilfebezuges auf zwei Jahre in Folge und auf maximal 5 Jahre insgesamt. Bisher gab es keine zeitlichen Beschränkungen.

◆ Einschränkung der Sozialhilfeszusatzleistungen (»Supplemental Security Income«, SSI), z.B. für Eltern mit entwicklungs- und verhaltensgestörten Kindern.

◆ Sozialhilfeempfängerinnen mit Kindern werden verpflichtet, mit den Behörden bei der Feststellung der Vaterschaft ihrer Kinder zusammenzuarbeiten.

◆ Einwanderer mit weniger als fünf Jahren Aufenthaltsdauer werden von den meisten Sozialhilfeleistungen ausgeschlossen, für Sonderhilfen wie Lebensmittelgutscheine oder SSI wird eine steuerpflichtige Erwerbstätigkeit von mindestens zehn Jahren vorausgesetzt. Bisher wurde Nicht-US-Bürgern mit legalem Aufenthaltsstatus in eingeschränktem Maße Sozialhilfeleistungen gewährt (z.B. Lebensmittelgutscheine oder Hilfen für ältere Einwanderer ohne Renten- und Krankenversicherung)

◆ Lebensmittelgutscheine (»foodstamps«), eine bisher weithin übliche Sozialhilfeszusatzleistung, werden Sozialhilfeempfängern ohne Kindern nur noch gewährt, wenn der Empfänger mindestens 20 Stunden pro Woche arbeitet.

◆ Als »Anreiz« zur Eingliederung von Sozialhilfeempfängern ins Erwerbsleben wird Unternehmern, die Sozialhilfeempfänger einstellen, ein Steuernachlaß von 50% für die ersten 10.000\$ Lohnzahlungen eingeräumt. Zugleich übernimmt die staatliche Krankenzusatzversicherung »Medicaid« für 1 Jahr die Krankenversicherung für wieder erwerbstätige Sozialhilfeempfänger.

Trägt der Gesetzentwurf unverkennbar die Handschrift der Gingrich-Republikaner und ihrer Ideologie der »workfare« (frei übersetzt: der Zwangsverpflichtung der Sozialhilfeempfänger zur Arbeit), so betreffen die Auswirkungen des Gesetzes vor allem diskriminierte ethnische Minderheiten. Auf Sozialhilfeleistungen sind heute 8% aller Weißen, aber 32% aller Schwarzen und 25% aller Hispanics in den USA angewiesen. Die »Einstellungsanreize« für die Unternehmer dürften kaum zur Beschäftigung von mehr Erwerbslosen führen. Immigrantorganisationen befürchten, daß die Steuervergünstigungen es den Unternehmern schmackhaft machen könnten, Sozialhilfeempfänger anstelle von bislang beschäftigten »illegalen« Immigranten einzustellen und damit die Konkurrenz unter den »arbeitenden Armen« weiter anzuheizen. Einige Stellen des US-Arbeitsministeriums kritisieren den Steuernachlaß inzwischen öffentlich als das, was er ist: als einen Anreiz zum Absahnen, insbesondere für halbseidene Billiglohnunternehmer aller Art (New York Times, 27.1.1997). In seiner Regierungserklärung hat Clinton jüngst versprochen, das Sozialhilfegesetz noch einmal zu »reparieren«, also einige der härtesten Maßnahmen gegen sog. »legale Immigranten« und Kinder herauszunehmen bzw. abzumildern. Die Wahrscheinlichkeit, daß Clinton dies den Republikanern noch einmal anzutragen wagt, wird von allen Seiten aber als äußerst gering eingeschätzt. ■



Kräfte in den USA nicht aus bestimmten Flügeln des Gewerkschaftsapparates hervorgegangen. Ihre Rolle entstand vor allem aus den beträchtlichen Sozialprogrammen der US-Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese bildeten in den fünfziger Jahren unter Präsident Eisenhower die einzige Form einer systematischen staatlichen Sozialpolitik in den USA, namentlich im Gesundheitswesen (durch die bis heute erstklassig ausgebaute Fürsorge für Kriegsveteranen und ehemalige Armeeingehörige), im Wohnungsbau oder in der Bildungspolitik [vor allem durch günstige Bau- und Ausbildungsdarlehen für Kriegsteilnehmer und Armeeingehörige]. Diese Programme lieferten zugleich das Vorbild für die heute unter Beschuß stehenden staatlichen Zusatzversicherungen im Rentenwesen (Medicare und Social Security) und in der Sozialhilfe (Medicaid).

Dole immer wieder herausgestellte Rolle als Kriegsteilnehmer verkörperte in dieser Hinsicht nicht zuletzt auch eine bestimmte sozialpolitische Position. Gerade mit Blick auf die vielen älteren Wähler der Republikaner sowie auf traditionelle Arbeiterwählerschichten der Partei etwa unter Rüstungsbeschäftigten stand Dole für eine Politik, die die staatlichen Sozialprogramme für diese Gruppen nicht beschneidet und eine gewisse Sicherheit der staatlichen Rentenzuschüsse für Alte und Behinderte garantiert. Diese Programme sind vor allem dadurch in Gefahr geraten, daß das Lohn- und Einkommensteueraufkommen durch die Steuersenkungen und den Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre beständig gesunken ist. Eine radikale Begrenzung der Staatsausgaben nach den Vorstellungen der Gingrich-Republikaner würde ihr rasches Aus bedeuten,

Dole's Garantien für einen gemäßigten Sozialabbau waren weniger in sozialpolitische Erklärungen verpackt, als vielmehr in der von ihm unterstützten finanzpolitischen Formel des »*balanced budget*«, also eines »*ausgeglichenen Staatshaushaltes*«. Die von Dole als Mehrheitsführer im US-Senat langjährig praktizierte Politik bot im Zweifelsfall stets Spielräume, die Rückführung des Staatsdefizits im Rahmen von Umverteilungen innerhalb des Bundshaushaltes zu versuchen, sie verstand aber Steuersenkungen zur »Freisetzung marktwirtschaftlicher Wettbewerbskräfte« nicht – wie die Ideologen der »Reagonomics« in den achtziger Jahren oder die Gingrich-Republikaner heute – als einen unverzichtbaren Schritt auf diesem Weg.

Dole's Wahlstrategie war dann auch ganz darauf abgestellt, »gemäßigte« Themen in den Vordergrund zu stellen. Das politische Programm Gingrichs, der »*Kontrakt mit Amerika*« (siehe Arpo 3/1995), sollte möglichst aus den Schlagzeilen verschwinden. Dies gelang allerdings nicht immer ganz. Zwar hielt sich Gingrich während der Wahlkampagne bewußt zurück. Insbesondere im Vorfeld des republikanischen Wahlparteitages in San Diego im August machten Buchanan und die als starke Fraktion organisierte »christliche Rechte« in der Partei mit ihren reaktionären Parolen von sich reden. Die auf dem Parteitag beschlossene Wahlplattform war denn auch so schwammig abgefaßt, daß sich alle Strömungen darunter wiederfinden konnten. Schließlich näherte sich Dole auch in zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik an die Dogmen der republikanischen Rechten an. Nachdem ihm auch aus Unternehmerkreisen vorgeworfen worden war, kein wirtschaftspolitisches Konzept zu haben, versuchte Dole mit der Forderung nach einer generellen 15prozentigen Steuersenkung Stimmung zu machen.

Wenn es beim Kampf um Lohntarife bleibt...

Ein besonders krasses Beispiel für die Verbreitung massenhaft unterbezahlter Industriearbeit ist die Fleischwarenindustrie im Mittleren Westen. Bis Mitte der achtziger Jahre bildete diese in ländlichen Regionen mit überwiegend weißer Bevölkerung (z.B. Iowa, Nebraska, Wisconsin) angesiedelte Branche eine Hochburg gewerkschaftlicher Organisation. Die Stundenlöhne der zumeist weißen ArbeiterInnen lagen bei 16-19\$, die Sozialleistungen waren solide.

Eine fast einjährige Aussperrung bei dem Fleischwarenunternehmen Hormel in Austin, Minnesota, im Jahre 1986 setzte das Signal für die branchenweite Aufkündigung der Tarifverträge. Die Führung der Gewerkschaft der Nahrungsmittelindustrie hatte dem nur die offene Kapitulation entgegenzusetzen und stellte sich sogar noch gegen die kämpfende Belegschaft in Austin. Heute beschäftigen die Betriebe überwiegend mexikanische ArbeiterInnen zu Stundenlöhnen von 6 –7\$ ohne Sozialleistungen. In den einstmalig rein »weißen« Städten an den Standorten der Fleischwarenindustrie gibt es heute grobe Kolonien von Einwanderern aus Mexiko und auch aus Asien. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz wird in diesen Betrieben auf derart krasse Weise verletzt, daß es an die von Upton Sinclair zu Anfang dieses Jahrhunderts geschilderten Verhältnisse in den Schlachthöfen von Chicago erinnert.

Dies sollte als Abkehr von seiner bisherigen Politik des »ausgeglichenen Haushaltes« erscheinen – eine Wende, die ihm im republikanischen Lager aber niemand so recht abnahm.

Clinton und die ihm freundlich gesonnenen Medien hatten so keine große Schwierigkeiten, Dole als eine Marionette Gingrichs und seiner Freunde darzustellen. Dole erschien oft als ein Fossil, das nur wegen der Ängste breiter Wählerschichten vor einer konsequent durchgezogenen neuen »republikanischen Gegenrevolution« noch einmal aus der Versenkung geholt worden war. Liberale Zeitungen hefteten Dole's Kampagne den Titel eines derzeit in den USA populären Kinofilms an: »*Dead Man Walking*« (frei übersetzt: »*Todeskandidat kommt*«). Wie sehr Dole im Denken der Rechten gefangen blieb, wurde am Ende des Wahlkampfes besonders deutlich. Nachdem ihm in den Umfragen immer mehr die Felle davon schwammen, stellte Dole wieder auf die Themen der harten Rechten um, zog gegen »illegale Immigranten« vom Leder, ehrte ehemalige südvietnamesische Armeeingehörige in den USA als Freiheitshelden und stellte sich hinter die in Kalifornien geführte Kampagne zur Abschaffung der staatlichen Anti-Diskriminierungspolitik (Proposition 209).

Clintons Comeback

Gegenüber den ständigen Fehlritten und dem Hin und Her zwischen »harten« und weniger harten Positionen der Rechten konnte sich Clinton im Lichte seines taktischen Erfolges in der Haushaltsauseinandersetzung und günstiger Wirtschaftsdaten sonnen. Auch wenn der Wahlkampf über weite Strecken dem Wettlauf vom Hasen und Igel glich, so hatte auch die Wahlkampagne Clintons ständig die politischen Stimmungen am rechten Rand des Wählerspektrums im Auge. In der Debatte um ein neues Gesetz zur Kriminalitäts-

DA SIE KEIN RECHT AUF KRANKEN-
VERSICHERUNG HABEN, ABER DAS RECHT
AUF EINEN VOM ARZT UNTER-
STÜTZTEN SELBSTMORD, NEHMEN
SIE ZWEI ASPIRIN UND ICH WERDE
SIE AM NÄCHSTEN
MORGEN TÖTEN...



bekämpfung profilierte sich der Präsident als Hardliner u.a., indem er der Steigerung der bundesstaatlichen Unterstützung für Polizei und Gefängnisbau zustimmte. Ein im September verabschiedetes neues Einwanderungsgesetz zollte der Buchananschen Forderung nach verstärkter Kontrolle der Grenze zu Mexiko Tribut und gewährte Bundesmittel für 6500 Stellen bei der Grenzpolizei. Die Zahl der staatlichen Arbeitsinspektoren, die die Betriebe überwachen sollen, die »illegale« Einwanderer ausbeuten, wurde demgegenüber nur um 450 erhöht.

Für Zündstoff sorgte das im Sommer verabschiedete Gesetz zur »Reform« der Sozialhilfe. Neben drastischen Einschnitten für alle Sozialhilfeempfänger werden erstmals »illegale« und auch viele »legale« Immigranten von Leistungen der Sozialhilfe ausgeschlossen. Auf bundesstaatlicher Ebene wurden damit wesentliche Teile jenes Gesetzesvorhabens umgesetzt, das die Republikaner vor zwei Jahren mit Erfolg in Kalifornien zur Abstimmung gestellt hatten. Diese sogenannte Proposition 187 hatte auch die Kinder von sogenannten »illegalen« Immigranten vom Schulbesuch ausschließen sollen, und war u.a. deshalb von Gerichten für verfassungswidrig erklärt worden.

Wie weit der politische »Konsens« in dieser Wahlkampagne nach rechts gerutscht war, wurde an einem Thema deutlich, das im Wahlkampf überhaupt nicht auftauchte, nämlich der Rolle der US-Regierung und des Geheimdienstes CIA beim Drogenhandel in den Gettos US-amerikanischer Großstädte, insbesondere in Los Angeles.

Die »San Jose Mercury News«, eine größere regionale Tageszeitung in Kalifornien, hatte in einer detailliert recherchierten dreiteiligen Reportage im August aufgedeckt, daß die CIA Mitte der achtziger Jahre der lateinamerikanischen Drogenmafia in entscheidender Weise geholfen hatte, die Absatzkanäle für ihre Produkte in den Gettos von Los Angeles aufzubauen. Dabei bediente sich die CIA einiger Mittelsmänner aus dem Umfeld der nicaraguanischen Contra. Die Gewinne der Operation flossen ebenfalls der Contra zu. Nachzuweisen war auch, daß diese Operation von dem im Weißen Haus von dem Verantwortlichen für die damalige »Iran-Contra-Affäre«, Oliver North, gesteuert worden war. Das Thema hätte eine geradezu vernichtende Wahlkampfmu-

2) Freunde des Internet können den Text der Reportage sowie eine umfangreiche Dokumentation der Reaktionen darauf kostenlos abrufen unter: <http://www.sjmercury.com>

nitition gegen die Republikaner geboten. Clinton und der große Rest der Demokraten vermieden es aber, die Affäre im Wahlkampf auch nur anzusprechen, weil klar war, daß der gesamte Staatsapparat, zum Beispiel auch die von einem demokratischen Bürgermeister geführte Polizei in Los Angeles, an der Entstehung des Crack-Handels in den schwarzen Gettos beteiligt sein mußte²⁾.

Keine Basis für die »Neuen Demokraten«

Hinter der Anpassung Clintons an die rechte Stimmung steht aber mehr als wahltaktischer Opportunismus. Es zeigt sich vielmehr, daß es den Demokraten in den vergangenen vier Jahren nicht gelungen ist, eine neue Wähler- und Interessenkoalition für ihre Politik zustande zu bringen. Der Aufstieg Clintons und der ihn stützenden Kräfte in der Partei, der sogenannten »New Democrats«, basierte auf dem Zerfall der traditionellen Wählerbasis der Partei. Dieses »Koalition« genannte Spektrum aus gewerkschaftlich organisierten Industriearbeitern, Schwarzen und liberalen Mittelschichten hatte seit den dreißiger Jahren die auf Wachstum der Massenkaufkraft und – wenn auch bescheidene – wohlfahrtsstaatliche Reformen gegründete Politik der Partei getragen. Dieses Wählerbündnis war mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise und dem Niedergang der Gewerkschaften seit den siebziger Jahren zunehmend zerfallen, nicht zuletzt durch das Überlaufen vieler weißer Arbeiterwähler ins Lager Reagens.

Clintons Politik war darauf ausgerichtet, den Demokraten eine neue Wählerbasis unter den von den Regierungen Reagan und Bush enttäuschten Mittelschichten zu verschaffen (auch den nicht-weißen). Sie grenzte sich aber von traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen ebenso ab wie von den verelendeten Teilen der schwarzen Arbeiterschaft. Gemeinsam mit einigen »neuen«, im politischen Establishment noch nicht so vertretenen Kapitalfraktionen aus dem High-Tech-Bereich sollte diese Koalition die Basis für soziale und wirtschaftspolitische Reformen sein, die der US-Wirtschaft einen besseren staatlichen Flankenschutz zur Wiedergewinnung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit versprochen. Eine Reform des Gesundheits- und des öffentlichen Bildungswesens, eine aktive staatliche Forschungs- und Technologiepolitik bei nicht-militärischen Technologien, die Entwicklung neuer Informationsnetze (»information superhighway«) und der Umbau der aufgeblasenen Rüstungsindustrie standen oben an (vergleiche Arpo 1/1993).

In allen diesen Bereichen läßt sich feststellen, daß die sozialen und ökologischen Zielsetzungen dieser Politik, soweit sie jemals ernst gemeint waren, auf der Strecke geblieben sind. Neben der Gesundheitsreform (vergleiche Arpo 31/1995) läßt sich dies vor allem am Beispiel der Rüstungs- und Technologiepolitik deutlich machen. Auf diesem Feld waren die progressiv-liberalen Berater in Clintons Administration mit der Vorstellung angetreten, im Zuge der Umorientierung der riesigen Aufträge des Verteidigungsministeriums auf »zivile« Technologien die Grundlage eines neuen wahl- und gesellschaftspolitischen Bündnisses zuschaffen. Die strategische Konzentration der Technologieförderung auf die neuen High-Tech-Unternehmen aus der Chip- und Mikrocomputerbranche sollte diese Kapitalfraktion zum Motor eines langfristigen Umbaus der US-Wirtschaft machen. Zugleich sollten die durch das »Ende des Kalten Krieges« verlorenen Arbeitsplätze durch neue Jobs in den

zivilen High-Tech-Industrien ersetzt und auch den Gewerkschaften damit neue »Wachstumschancen« eröffnet werden. Auch sollten liberale Mittelschichten, zum Beispiel progressive, gegen die Rüstungsforschung eingestellte EDV-Ingenieure, in dieses Projekt eingebunden werden.

Die Wunschvorstellungen von einem neuen Bündnis aus High-Tech-Unternehmen, Friedensbewegung und Rüstungsarbeitern nahmen aber nie praktische Gestalt an. Vor allem für die betroffenen Rüstungsarbeiter und -gewerkschaften waren Arbeitsplätze in den neuen »Zukunftssektoren« der High-Tech-Industrien eine hohle Versprechung, auch in Gegenden, wo diese Industrien sozusagen Haustür an Haustür liegen. Bekannt ist nämlich, daß die Elektronikindustrie zum großen Teil gewerkschaftlich nicht organisiert ist und gerade die neuen High-Tech-Firmen vom Schläge Intel, Compaq oder Hewlett-Packard massiv anti-gewerkschaftlich eingestellt sind. Außerdem zeigte sich, daß es den Konzernen letzten Endes relativ gleichgültig ist, ob sie ihre Forschungs- und Auftragsgelder aus »zivilen« oder »militärischen« Staatstöpfen beziehen.

Insgesamt zeigte sich das Unternehmerlager in dieser Wahlauseinandersetzung eher zurückhaltend. Die maßgeblichen Unternehmerlobbies und -blätter kritisierten zwar Doles »balanced-budget«-Politik, nahmen aber keineswegs offen Partei für Gingrich. Clinton konnte wieder reichlich Wahlspenden einfahren, auch wenn nach wie vor gilt, daß die führenden Großbanken und Industriekonzerne (insbesondere der Rüstungsindustrie) die Republikaner unterstützen. Von allen maßgeblichen Kapitalfraktionen wird Clinton seine Rolle bei der Durchsetzung von NAFTA sowie die von seiner Regierung verfolgte aggressive Politik bei der Öffnung ausländischer Märkte angerechnet. Die Unterstützung Clintons von den von ihm besonders hofierten neuen High-Tech-Unternehmen war diesmal weniger enthusiastisch, allerdings nach wie vor eindeutig. Neben den staatlichen Forschungsausgaben ist für diese Kapitalgruppen die Wiederaufforstung des öffentlichen Bildungswesens vorrangig. Eine solche Position wird heute auch aus Kreisen von Banken und Finanzkapital vertreten. Der Präsident der New Yorker Technologiebörse NASDAQ, an der auch die Aktien der meisten neuen High-Tech-Unternehmen notiert werden, erklärte seine Unterstützung für Clinton damit, daß es langfristig zu sozialen Unruhen führen müsse, wenn der Staat mehr Geld für neue Gefängnisse als für den Schul- und Hochschulbau ausbe.

Solidarität mit dem »kleineren Übel«:

Die Linken, die Alternativen und der »neue AFL-CIO«

Das weitgehende Fehlen progressiver, klassenbewußter Bewegungen in Gewerkschaften, Bürgerrechtsorganisationen und anderen politischen Zusammenhängen, die den Widerstand gegen Lohnabbau, Entgewerkschaftlichung und Verelendung von Großstädten und anderen Regionen praktisch führen, bildete auch die Voraussetzung dafür, daß es den Wahlstrategen Clintons dieses Mal kaum Schwierigkeiten bereitete, eine fast einhellige Unterstützung für den Kandidaten in der Partei und ihren Fraktionen und Interessengruppen herzustellen. Demonstriert wurde dies vor allem auf dem Wahlparteitag der Demokraten in Chicago. Fernsehen und Medien überboten sich mit Reminiszenzen an jenen Parteitag im Jahre 1968, als die Opposition gegen den Vietnamkrieg und die radikalisierten Kräfte der



schwarzen Bürgerrechts- und Befreiungsbewegung die Nominierung eines demokratischen Präsidentschaftskandidaten fast unmöglich gemacht hätten. Dafür konnten die Journalisten eine große Zahl von »Alt-Achtundsechzigern« jeder Couleur und Hautfarbe finden, die ihrer Freude darüber Ausdruck verliehen, daß man endlich wieder einen mehrheitsfähigen Kandidaten für die Präsidentschaft habe.

Neben den Kraftsprüchen der neuen Führungsriege in den Gewerkschaften war ein wichtiges Ereignis des Parteitages der Auftritt Jesse Jacksons, der dieses Mal allerdings seine fast vorbehaltlose Unterstützung für Clinton erklärte. Er und einige Delegierte aus den Gewerkschaften kritisierten zwar den rassistischen, ausländer- und kinderfeindlichen Charakter des mit Billigung des Präsidenten gerade beschlossenen Sozialhilfegesetzes. Man verließ sich aber auf Clintons Versprechen, dieses in der nächsten Amtsperiode »zureparieren«. Jacksons Auftritt drückte die tiefe Krise seiner eigenen politischen Basis, des links-liberalen Lagers in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, aus. Jackson ist zwar immer noch ein über die Gemeinschaft der Schwarzen hinaus anerkannter Sprecher der Interessen von unterdrückten Minderheiten, Lohnabhängigen und sozialen Bewegungen. Gerade innerhalb der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, der traditionell stärksten gesellschaftlichen Reformkraft der Nachkriegsära, verliert allerdings die alte Garde der auf dem »Marsch durch die weißen Institutionen« fixierten Kader der Bürgerrechtsbewegung mehr und mehr die Verbindung zu den der offenen Verelendung ausgesetzten Schichten schwarzer Arbeiter und Arbeitsloser. Als deren Sprecher treten die religiös-fundamentalistischen Ideologen der »schwarzen Selbsthilfe« auf. Ihr wichtigster Vertreter, Louis Farrakhan, organisierte im vergangenen Jahr den »One Million Men March« schwarzer Männer nach Washington.

Linke Kandidaturen außerhalb der Demokratischen Partei gab es dieses Mal so gut wie keine, mit Ausnahme des bekannten Verbraucheranwaltes Ralph Nader für die in den USA weitgehend bedeutungslose Partei der Grünen. Dessen Kandidatur war aber eher von symbolischer Bedeutung. Sie sprach ein hauptsächlich aus den Mittelschichten stammendes Öko-Wählerpublikum an und gab einer Anzahl von Altlinken aus denselben Schichten die Möglichkeit, ihren Frust mit Clinton in eine Protestwahlstimme umzumünzen.

Umso nachdrücklicher hatten allerdings die Gewerkschaften unter Führung des neuen AFL-CIO-Präsidenten Sweeney ihren Anspruch herausgestellt, wieder als Machtfaktor in der Demokratischen Partei und in der US-Gesell-

»Jobmaschine USA«?

Immer wieder wird von der Unternehmerseite der »verkrusteten« deutschen Arbeitsmarktslage die Situation in den USA entgegeng gehalten. Dort erlaube die Flexibilität der Arbeitnehmer und die Freiheit der Unternehmer, zu feuern und wieder einzustellen, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, so daß Arbeitslosigkeit dort kein Problem mehr sei. Was ist dran an diesen Behauptungen?

Tatsache ist, daß seit März 1991 netto 11 Millionen Arbeitsplätze neu entstanden sind, seit 1980 sogar 27 Millionen (alle Angaben aus: Le Monde Diplomatique/ die tageszeitung, Januar 1997), insofern ist die Behauptung richtig. Die Frage bleibt: Was für Arbeitsplätze? Darüber gibt es bezeichnenderweise keine genauen Angaben. Einige Zahlen, die in den USA durchaus kein Geheimnis sind, deuten aber darauf hin, daß es sich bei einem Großteil der Arbeitsplätze um schlecht bezahlte, schlecht gesicherte Jobs handelt, die dem jährlichen Abbau von drei Millionen Arbeitsplätzen gegenüber stehen. Die abgebauten Arbeitsplätze sind oftmals solche in noch von den Gewerkschaften vertretenen Betrieben mit tarifvertraglich geregelten Löhnen und Sozialleistungen, neue Arbeitsplätze werden fast nur noch in "gewerkschaftsfreien" Bereichen geschaffen.

- Seit 1973 ist der durchschnittliche Stundenlohn um 13% gesunken.

Nach einer Umfrage der New York Times wurden 1995 55 Prozent der neuen Arbeitsplätze unterdurchschnittlich bezahlt.

- 7 900 000 US-Amerikaner haben mehrere Jobs.

- Die "Arbeitsplätze" bei Zeitarbeitsfirmen haben die größten Zuwächse: Von 1,3 Mio im Jahre 1990 auf 2,1 Mio im Jahre 1995. Die Zeitarbeitsfirma Manpower ist inzwischen der größte Arbeitgeber der USA.

- Fast 30% aller Erwerbstätigen stehen in "unregelmäßigen" Beschäftigungsverhältnissen, d.h. Zeitarbeit, befristeten Jobs, Werkverträgen oder freiberuflicher Tätigkeit.

Bei dem "Jobwunder" in den USA handelt es sich um nichts anderes als um eine Senkung des Wertes der Arbeitskraft auf breiter Front. Das besondere daran ist, daß sich das Wachstum der "schlechten Jobs" längst nicht mehr - wie bei uns noch überwiegend der Fall - auf den sog. Dienstleistungsbereich beschränkt. Auch immer weitere Bereiche der industriellen Produktion werden zu "Niedriglohnzonen", in denen vor allem der Einsatz von Einwanderern ohne Arbeitspapiere zum Alltag gehört (vgl. Arpo 3/1996). ■

schaft insgesamt zu sprechen. Die umfangreichen Anstrengungen zur Mobilisierung und Registrierung von Wählern und die beträchtlichen Finanzmittel für die Wahlkampagne erbrachten allerdings ein höchst gemischtes Ergebnis.

Erfolg oder Mißerfolg bei der Wählermobilisierung in den zwischen Republikanern und Demokraten umstrittenen Wahlkreisen lassen sich insofern schlecht beurteilen, als die AFL-CIO-Führung die Zahl der von ihrer Kampagne

erhöht hatte und daß 63 Prozent dieser Stimmen den Demokraten zugefallen waren. In den Tagen nach der Wahl griffen die Führer der Republikaner den AFL-CIO offen an und warfen der Gewerkschaftsführung die Vergeudung von Gewerkschaftsgeldern für eine erfolglose Kampagne vor. Der Verantwortliche für die AFL-CIO-Kampagne erklärte daraufhin großspurig, daß die Gewerkschaften es geschafft hätten, die politische Diskussion wieder »zur Mitte« zurückzuverschieben und daß die Gingrich-Revolution nunmehr endgültig vorbei sei (New York Times, 7.11.1996).

Aus dem Frust vieler Arbeiterwähler über die gescheiterten Reform- und Arbeitsplatzversprechungen der Clinton-Administration entstand dieses Mal nicht wieder jenes Phänomen, das am Ende der Präsidentschaft Jimmy Carters den Zusammenbruch der demokratischen »New-Deal-Koalition« einläutete, nämlich ein breites Überlaufen von Arbeiterwählern in das Lager der Republikaner (»Reagan-Democrats«). Sollte daraus jedoch für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung positives Kapital erwachsen, so würde dies allerdings einen viel schärferen Konfrontationskurs mit dem Unternehmerlager voraussetzen. Vor allem müßte die Gewerkschaftsführung der vom Arbeitsplatzabbau betroffenen Arbeiterschaft in den »alten« Industrieregionen zeigen, daß sie auch in der Frage des NAFTA-Abkommens eine andere Haltung einnimmt als die der zähneknirschenden Zustimmung zu einer Politik des »kleineren Übels«. Besonders deutlich zeigt sich dieses Dilemma in der von Buchanan und der republikanischen Rechten ausgebeuteten Frage der »illegalen« Einwanderung: Einerseits ist die AFL-CIO-Führung nach wie vor für eine Beschränkung der Einwanderung aus Mexiko und anderen Staaten, zugleich will sie aber die neuen Einwanderer gewerkschaftlich organisieren und diese zur Verstärkung des politischen Einflusses der Gewerkschaften mobilisieren.

Was die letzteren betrifft, so hatte die ausländerfeindliche Stimmungsmache der letzten Jahre einen wichtigen Mobilisierungseffekt. In Staaten mit vielen neuen Immigranten wie Texas, Kalifornien oder New York hatte es im letzten Jahr eine massive Bewegung der ImmigrantInnen zum Erwerb der US-Staatsbürgerschaft gegeben. Diese auch von den Gewerkschaften unterstützte Entwicklung war eine Reaktion auf Gesetze und staatliche Maßnahmen, die auch »legale« ImmigrantInnen von zahlreichen Rechten wie Schulbesuch, Gesundheitsfürsorge oder Sozialhilfe ausschließen sollen, wie die Proposition 187 in Kalifornien. Das Clintonsche Wohlfahrtsreformgesetz tat ein übriges, die Zahl der Einbürgerungsbegehren in die Höhe zu treiben. Viele Städte und Kreise mit hohem Einwandereranteil beschleunigten nach der Verabschiedung des Gesetzes die gewöhnlich äußerst schleppend abgewickelten Einbürgerungsverfahren, um nicht die Kosten für die aus der Sozialhilfe gedrängten ImmigrantInnen aus dem lokalen Steuersäckel bezahlen zu müssen. In einigen Städten fanden sogar Massenzeremonien zur Verleihung der Staatsbürgerschaft statt, die größte wurde in der Sportarena von San Jose, Kalifornien, mit über 11.000 Neuwanderern durchgeführt.

Die Zahl der Wähler aus der Latino-Bevölkerung stieg im Gefolge dieser Entwicklung erheblich. Hatten sich in Kalifornien

eingestuften Wähler von 61 Prozent im Jahre 1994 auf 73 Prozent. Dennoch blieben die insbesondere von progressiven Einwandererhilfsorganisationen geäußerten Erwartungen, daß sich in den Staaten des Südwestens über 70 Prozent der Latinos an der Wahl beteiligen würden, unerfüllt (Zahlen nach New York Times, 6.11.1996, und San Jose Mercury News, 10.11.1996). Dies zeigt zwar, daß Latinos in zunehmendem Maße auch glauben, den Stimmzettel zur Verteidigung ihrer Interessen benutzen zu können. Gleichzeitig haben sich aber Voraussagen, daß die Latinos sich als ein massiver neuer, progressiver Stimmenblock betätigen werden, in dieser Wahl nicht bestätigt.

Von der »Konfrontation« zur »Implementation«

Unter diesen Vorzeichen zeichnet sich ab, daß die US-Innenpolitik der nächsten vier Jahre von der im Wahlkampf sich andeutenden und durch das Wahlergebnis faktisch erzwungenen »großen Koalition« von republikanischem Kongreß und demokratischem Präsidenten geprägt sein wird. Die Nominierungen der Kandidaten für Clintons neue Regierung, die auch republikanische Minister einschließen soll, bestätigen dies. Ob sich diese Konstellation längerfristig zugunsten der Demokraten oder der Republikaner auswirken wird, wird nicht zuletzt vom taktischen Geschick der Beteiligten abhängen. Die Republikaner werden versuchen, die zahlreichen Affären Clintons und seiner Regierung am Köcheln zu halten und Clinton darüber zu verschleißen. Zu erwarten ist, daß die von einer parteienübergreifenden Koalition abgesegnete Politik des »schlanken Staates« und rassistisch motivierter »Sozialreformen« eher noch beschleunigt wird. Gingrich hat dies anlässlich seiner Wiederwahl als Sprecher der Republikaner im Repräsentantenhaus mit dem Satz umschrieben, daß der vorherige Kongreß der »Konfrontationskongreß« gewesen sei, der jetzt gewählte der »Implementationskongreß«. »In zwei Jahren«, so Gingrich, »werden wir erfreut sein, was wir alles implementiert haben« (Los Angeles Times, 21.11.1996).

Was hier »implementiert«, ergänzt werden soll, läßt vielleicht das Beispiel der staatlichen Rentenzusatzversicherung »Social Security« erahnen. Nach Auffassung von den Republikanern nahestehenden Beratungs- und Lobby-Organisationen steht dieses System ohne einschneidende Umstrukturierung längerfristig angeblich vor der Pleite. Sie fordern deshalb, daß das Kapital der »Social security« privatisiert und ihre finanzielle Entwicklung – wie bei den meisten betrieblichen Renten- und Pensionskassen – in die Hand großer Banken und Investmentgesellschaften gelegt wird. Derzeit werden in der Öffentlichkeit verschiedene Privatisierungsmodelle gehandelt. Die Gewerkschaftsführung hat inzwischen signalisiert, daß sie gegen eine Privatisierung der Sozialversicherung grundsätzlich nichts einzuwenden hätte. Während die Demokraten weiter darum bemüht sein werden, solche Maßnahmen mit einigen liberalen Ornamenten im Namen einer »intelligenten« Politik zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verbrämen, bleiben die innerhalb und außerhalb der Republikanischen Partei agierenden Bündnisse und Netzwerke der Rechten und insbesondere ihres religiösen Flügels, der sogenannten »christian coalition«, die einzige organisierte Fraktion innerhalb der großen Parteien.

Auf der Linken träumen einige davon, eine »progressive Ausgabe« der »christlichen Koalition« aufzubauen, also

eines Netzes von Bürgerinitiativen, Organisationen und Beratergruppen, das die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringt und innerhalb der Demokratischen Partei, aber auch mit eigenständigen außerparlamentarischen Aktivitäten und Mobilisierungen gegen die neo-liberale Politik in Regierung und Kongreß kämpft. Die Urheber solcher nicht neuen Vorschläge gehen davon aus, daß angesichts des verbreiteten Frusts über die herrschende Politik und die ständigen Verschlechterungen des Lebensstandards »heute eine Massenbasis für eine progressive Politik besteht, wie schon seit den dreißiger Jahren nicht mehr« (so ein programmatischer Artikel in der Wochenzeitschrift »The Nation«, 18.11.1996, Seite 12). Die nach wie vor mit etwa 5000 Mitgliedern existierende Kommunistische Partei der USA geht noch weiter, und schreibt in ihrer Wochenzeitung »People's Weekly World«, daß mit dem Votum der Wähler für Clinton und gegen Gingrich »die faschistische Gefahr«, die seit der Kongreßwahl 1994 aufgetreten sei, gebannt wurde. »Obwohl die Gewerkschaften und die Volkskräfte die Taktik des kleineren Übels akzeptierten, gilt es nun, das kleinere Übel herauszufordern, nämlich die Clinton-Administration und die Schwächen der Demokratischen Partei bei der Wahrnehmung der Belange der arbeitenden Bevölkerung« (16.11.1996). Diese Argumentation beleuchtet die Unmöglichkeit, eine eigenständige Klassenpolitik zu formulieren, solange man nicht mit der Ideologie vom »kleineren Übel« gebrochen hat. Das verbindet die Positionen der KP USA mit denen der Gewerkschaftsführung bei aller sonstigen Unterschiedlichkeit.

Angesichts der in den USA herrschenden Kräfteverhältnisse scheint allerdings eher die Frage angebracht, warum der Aufbau breiter Wählerbündnisse, die eine Wiederverteilung des gesellschaftlichen Reichtums fordern, heute immer schwieriger wird. »The Nation« (25.11.1996) zitiert dazu einen Wahlforscher, der treffend feststellt: »Die Erwartungen der Menschen sind in den letzten Jahren erfolgreich heruntergeschraubt worden. Sie haben sich damit abgefunden, daß man nicht mehr die Gehaltszuwächse und die Sozialleistungen der Vergangenheit bekommt. Es ärgert sie, aber sie sehen es als unvermeidlich an. Die Wahrheit ist, daß sich die meisten Amerikaner um Politik nicht kümmern, und dies ist ein Sieg für die Konservativen.« Das rasche Wechseln der Wählerstimmungen und Mehrheiten ist Teil dieser Bedingungen. Es drückt aus, daß die Masse der Lohnabhängigen ihre Bindung auch an jene Parteien verloren hat, von denen sie sich eine bessere Stellvertreterpolitik für ihre Interessen erhofft. Der ehemalige Generalstabschef Colin Powell, für viele Wähler im Auf und Ab der Stimmungen und Kandidaten eine »Traumnummer« für das Präsidentenamt, beschimpfte in öffentlichen Auftritten sogar das Publikum. Er warf den Wählern vor, daß sie ihre Meinung heute schneller wechseln als die Programme auf der TV-Fernbedienung.

Tatsache ist, daß sozialer Widerstand in den USA heute mehr denn je fast ausschließlich auf der Ebene von einzelnen sozialen Interessenkämpfen und -bündnissen geführt wird. Daß ein Kampf gegen die fast unhinterfragte Kapitalherrschaft auf längere Sicht nicht ohne eine eigenständige politische Organisation der arbeitenden Bevölkerung außerhalb der Demokratischen Partei geht, liegt auf der Hand. Die Voraussetzungen dafür dürften aber unter den herrschenden politischen Kräfteverhältnissen kaum über alternative Wahlkandidaturen oder politische Aktionsbündnisse für eine



gerechtere Verteilungspolitik zu erreichen sein. Wie in den dreißiger Jahren ist die zentrale und kaum angegangene Klassenpolitische Frage, ob die ArbeiterInnen in den immer weiter wachsenden unorganisierten Industriebranchen und -gebieten im Betrieb und auf lokaler Ebene Widerstand aufnehmen und sich gewerkschaftlich und politisch organisieren. Der Maßstab für die Entwicklung des Klassenwiderstandes ist aber nicht die sich in negativen Meinungsumfragen und zynischer Apathie ausdrückende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und anderer Bevölkerungsgruppen über die ihnen immer wieder zugemuteten Opfer, sondern die praktische Bereitschaft zum Widerstand.

Welche Ansätze dazu bestehen und welche politischen Fragen sich damit vor allem in den Gewerkschaften stellen, haben wir in der vorletzten Nummer der Arpo ausführlich behandelt. Daß ein Wiederaufbau der Arbeiterbewegung kaum noch auf der Ebene gewerkschaftlicher Kämpfe allein vorstellbar ist, haben wir dort ebenfalls dargestellt. Die poli-

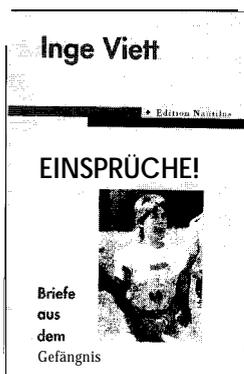
tischen Kräfte, die eine Arbeiterbewegung als Klassenbewegung tragen können, finden sich heute im wesentlichen in drei Bereichen - nämlich unter jenen Aktiven des schwarzen Widerstandes, die sich noch nicht von den verelendeten Teilen der schwarzen Arbeiterschaft losgelöst haben; unter den Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die sich aus Enttäuschung über die Gewerkschaftsführung in gewerkschaftsoppositionellen Strömungen und Gruppen vereinigen; schließlich unter den politischen AktivistInnen aus den Reihen der neuen Einwanderer, die sich nicht als bloße Anwälte der Interessen ihrer jeweiligen Gemeinschaft verstehen. Diese Kräfte agieren heute weitgehend auf sich selbst gestellt, ihre politischen Verbindungen reichen kaum über die Zusammenhänge der Gewerkschaften bzw. der jeweiligen Bewegungen und ethnischen Gruppen hinaus.

Wie auch in der BRD werden in den USA von den schwachen linken Kräften die Gefahren des »Neo-Liberalismus« beschworen. Gerade dort erweisen sich aber auch nach der weitgehenden Zerstörung der Sozialpartnerschaft und des »Wohlfahrtsstaates« der Nachkriegsära Methoden eines partnerschaftlich verbrämten Sozialabbaus als durchaus lebensfähig. Auch unter solchen Verhältnissen gilt, daß die herrschende Klasse lieber mehrere Eisen im Feuer hält, als alles auf eine Karte zu setzen. Einen politischen Frontalangriff auf die Lohnabhängigen haben die Unternehmer in den USA heute nicht nötig, weil sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bereits vor einem guten Jahrzehnt als unfähig erwiesen hat, die Grundlagen der Sozialpartnerschaft zu verteidigen. Anstatt mit der Beschwörung der »neo-liberalen« Gefahr letztlich die Logik des »kleineren Übels« zu rechtfertigen, sollte man den aus der faktischen Koalition Clintons mit den Republikanern erwachsenden »Neo-Liberalismus mit menschlichem Antlitz« als das begreifen, was er ist, nämlich als den eher hilflosen Versuch der herrschenden Klasse der Führungsmacht der kapitalistischen Welt, ein für die Aufrechterhaltung dieser Stellung tragfähiges innenpolitisches Klassenbündnis zu errichten.

12.2.1997 ■

BUCHBESPRECHUNG

Inge Viett: »Einsprüche!« -Briefe aus dem Gefängnis



Edition Nautilus
ISBN 3-89401-266-8
160 Seiten
26,00 DM

Inge Viett war in den siebziger Jahren Mitglied der »Bewegung 2. Juni«, die in der Aufbruchstimmung im Ausklang der studentischen achtundsechziger Revolte entstand: Insbesondere in Westberlin sind linke Lehrlings-, Schüler- und Studentengruppen in ihren Diskussionen beeinflusst von den Erfolgen der antikolonialen Befreiungsbewegungen. Offen wird die Perspektive des bewaffneten Kampfes für die westlichen Metropolen entsprechend dem Konzept der

in Südamerika operierenden Stadtguerilla diskutiert. Die »Bewegung 2. Juni« setzt die Diskussionen in die Tat um - und wird in einen verzweifelten Defensiv-Krieg getrieben. Inge Viett zog die Konsequenz und beendete das Leben im Untergrund, in der Verfolgung und gesellschaftlichen Isolation: Dank der Unterstützung durch die Staatssicherheit ging sie 1982 in die DDR und engagierte sich beruflich und politisch zunächst in Dresden, dann in Magdeburg. Mit der Annexion der DDR wird das Aus- zum Inland, und hier ist kein Asyl mehr möglich: 1990 verhaftet, wird sie 1992 in Koblenz - nachdem sie sich als Kronzeugin gegen ehemalige Mitkämpfer der »Bewegung 2. Juni« und der »RAF« verweigert hatte - zu 13 Jahren Haft verurteilt.

Das Buch »Einsprüche« ist eine Sammlung von Briefen, mit denen Inge Viett in ihrer Haftzeit seit 1990 Kontakte zur Außenwelt hält: zur Freundin, zu Bekannten aus der ehemaligen DDR, zu politischen Aktiven der BRD-Linken.

Eines der zentralen Themen ist der gegen sie geführte Prozeß in Koblenz. Für sie steht im Prozeß ihre eigene politische Integrität auf dem Spiel – das einzige, an dem sie sich orientieren kann, denn von beiden Strängen, die ihr politisches Leben bestimmten, war sie abgeschnitten: Die Guerilla, von der sie sich zehn Jahre zuvor getrennt hatte, und das Leben in einem Staat, der soeben zerschlagen wurde. Ihre Weigerung, sich als Kronzeugin gegen ehemalige Kombattanten und gegen Mitglieder der Staatssicherheit der DDR zu verdingen, ist dann auch folgerichtig hergeleitet aus dem Verhältnis zu ihrer eigenen Geschichte – »Mein Prozeß ist polnisch, weil meine Lebensgeschichte in diesem Verfahren zur Disposition gestellt werden soll. Ihr wirklicher Inhalt, nämlich die Parteilichkeit für die Deklassierten, Ausgeplünderten, Entwerteten und gegen ein System, in dem sich niemand für diese Produktion der Dehumanisierung verantwortlich fühlt, ja sie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will.« Und genau wegen dieser Parteinahme nahm Inge Viett Anfang der siebziger Jahre den bewaffneten Kampf auf. Ihr Entschluß, diesen zu beenden, entstand u.a. aus der Bewertung der Schleyer-Aktion. »Nicht, weil die Sache so verlaufen ist, wie sie verlaufen ist, sondern weil an ihr am deutlichsten wurde, daß es keinen sozialen Druck und keinen politischen Willen für eine bewaffnete Opposition in der BRD gab. Es gab nur den selbstgerechten Staat, uns, die kleine Clique, die ihn provozierte, und eine kommentierende riesige Zuschauermenge von links bis rechts. Dies ist kein Verhältnis, das den bewaffneten Kampf politisch rechtfertigen könnte.« Dennoch bleibt er ein mögliches Mittel in der politischen Auseinandersetzung, von dem sich Inge Viett nicht distanziert, und sie will nicht einer Justiz, deren Vergangenheit bis in die Gegenwart reicht, bei dessen Verurteilung und damit Disqualifizierung behilflich sein.

Eine zweite Ebene, die den Prozeß mitbestimmt, ist die Siegestrunkenheit der BRD nach der Annexion der DDR. »Aber dieser Prozeß findet eben nicht nur 'zehn Jahre danach' statt, sondern in einer ganz bestimmten historischen Situation, dessen aufdringlichster Zeitgeist sich auszeichnet durch Aburteilung, Ausstoßung, Verleugnung, Diffamierung, geringstenfalls Verhöhnung aller sozialistischen Bestrebungen der Vergangenheit und der Zukunft einerseits und andererseits durch die hemmungslose Ausbreitung kapitalistischer Macht und Werte, wozu Fidel Castro sagt: Dieses süße Gift, das die Menschen zu Bestien macht.«

In vielen Briefen antwortet Inge Viett Kritikern der DDR und Kritikern an ihrem Leben dort. »Von der Guerilla zur DDR-Kleinbürgerin. Nun ja, da kann ich nur lächeln. Das ist die Sicht der bürgerlichen Bohème, die sich nicht mehr für bürgerlich hält, nur weil sie sich ihren eigenen Rhythmus leistet und in der Nische ihr Ego auslebt. Bürgerlich ist ein politischer, ein Klassenbegriff, der bestimmte Besitzverhältnisse, Denk- und Bildungsinhalte bezeichnet, Mein Leben in der DDR warproletarisch.« Die DDR war für Inge Viett eine sozialistische Gesellschaft im Pionierstadium, aber keinesfalls – wie es in relativierendem Jargon vieler Westlinker hieß und heißt – ein Experiment oder Versuch. »Für sie war ja der wirkliche Sozialismus – also wirklich ist ja nicht die Idee, sondern ihre gesellschaftliche Gestalt, selbst wenn sie geschichtlich unterentwickelt bleibt – immer etwas, was sie anschauen, beurteilen, bewerten, womit sie ihre eigenen Vorstellungen negativ oder positiv verbanden, aber er war

»Zucht und Ordnung« und »eine etwas verrohte Rechtsgesinnung«

»Ich habe ein Problem damit, die BRD-Justiz zu legitimieren über die Menschen aus der DDR zu richten«, schreibt Inge Viett am 31. Oktober 1991 an Gisela Steineckert.

»Eine Justiz mit barbarischer Rechtsgeschichte, in die noch dreißig Jahre und länger nach der Zerschlagung des dritten Reichs Verantwortliche für Massenmord, Deportationen, Folterungen, ungezählte Terror- und Todesurteile Positionen beziehen, anklagen und richten durften. Von dieser Geschichte und diesem Geist hat sie sich bis heute nicht befreit. Das ist unübersehbar in ihrer traditionell unterschiedlichen Haltung zum Rechts- und Linksradikalismus. Und auch in ihrer Befangenheit zur Kriminalität der mittleren und hohen Ebenen von Wirtschaft und Politik.« (»Einsprüche«, Seite 62)

Wie recht Inge Viett mit ihrer Einschätzung hat, daß sich die deutsche Justiz bis heute nicht von dieser Geschichte und diesem Geist befreit hat, wird an den folgenden Aussagen des Generalbundesanwalts a.D. Kurt Rebmann, Chefankläger der meisten der sogenannten Terroristenprozesse, deutlich.

Unverhohlen propagiert Rebmann in einem Interview mit der »Zeit« unter der Überschrift »Ich habe eigentlich eine sonnige Jugend gehabt« (Zeit, 24.8.1990) die Erziehungstugenden und -ziele der Nazis:

»Im Jahr 1934 kam ich zur Hitlerjugend, zum Jungvolk. Das war damals Pflicht. Wir waren eigentlich gern dabei, haben Fahrten gemacht, Geländespiele, Jungstammgeheimnisse, Jungstamm. Wir haben Kameradschaft erlebt, wir waren bei Bauern im Heu einquartiert, das war für uns Zehnjährige eine schöne Zeit.

Die Erziehung in der Schule war sehr autoritär. Wir haben von dem, was man uns gelehrt hat, nichts in Frage gestellt.

nicht ihr reales Leben, nicht ihre reale Arbeit, die war von kapitalistischen Realitäten bestimmt. Der Sozialismus war für sie nie mehr als ein ideelles Projekt, für die Menschen in den sozialistischen Ländern ist er aber der Boden und die Welt ihres Lebens gewesen. Kein Versuch.« Und so begriff Inge Viett die Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nicht distanziert von der Warte eines gedachten Ideals her, sondern als zu lösende Aufgabe.

Das Ende dieser Zeit empfindet sie zwar als Zusammenbruch, aber als einen, der sie nicht stumm macht. Sie begreift ihn als Ausgangspunkt für neuen, wenn auch noch zu entwickelnden Widerstand. Folglich kommentiert sie mögliche Ansatz-, Kristallisationspunkte. Einen sieht sie – zumindest bis 1995 – in der PDS als Möglichkeit, eine sozialistische Opposition aufzubauen: »Ich denke nur, wir können es uns nicht leisten, auch nur die geringste Möglichkeit zur Gegenwehr – auch innerhalb des Getriebes – liegen zu lassen. Und auf der Straße finden jetzt keine Kräfte mehr – oder noch nicht wieder – zusammen. Die 'Gegenmacht von unten' ist jetzt noch ein visionäres Schlagwort.« Dennoch ist sie deutlich genervt von den »grauen Ecken« dieser Partei, so zum Beispiel von der sogenannten Stalinismus-Debatte innerhalb

mangels anderer Orientierungsmöglichkeiten. Wir haben die Strenge akzeptiert und wußten, daß wir nur mit einem guten Abitur studieren durften. Man hat uns Zucht und Ordnung abverlangt. Wir haben das akzeptiert.«

Gefragt, ob ihn denn nicht im nachhinein der Mangel an Kritikfähigkeit störe, antwortet Rebmann: »Nein. Von Staats wegen wurde nichts problematisiert... Heutzutage wird doch sehr viel, was früher unbestritten war, in Frage gestellt, das Leistungsprinzip, der Gehorsam, der Fleiß. Für uns war das kein Problem,«

Der Justizapparat war eine tragende Säule der Naziherrschaft; kein einziger NS-Jurist ist wegen der Zigtausenden Todesurteile jemals zur Rechenschaft gezogen worden; nach 1945 gelangten sie vielmehr erneut in die Herrschaftszentralen der BRD und besetzten als Hochschullehrer, Generalbundesanwälte, Ministerialdirigenten oder Vorsitzende von Strafrechtskommissionen Schlüssel- und Spitzenpositionen, denn sie wurden zur Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse gebraucht.

Gerechtfertigt werden diese Todesurteile bis heute mit der Begründung, man habe eben nur damals gültiges Recht gesprochen. So äußert auch Rebmann Verständnis:

»(...)Die juristische Ausbildung war streng positivistisch. Die Gesetze nationalsozialistischer Prägung wurden in den Vorlesungen nicht kritisiert. Auf Plünderung nach Luftangriffen -zum Beispiel- stand die Todesstrafe. Meine Familie wurde in Heilbronn völlig ausgebombt, Wir hatten schon ein gewisses Gefühl dafür, daß solche Plünderungen unterbunden werden müssen.«

Und auf die Frage, wie er in der CVJM-Waschküche mit seinen Kommilitonen über die Nürnberger Prozesse diskutiert habe, antwortet er:

»Natürlich hat man darüber diskutiert, ob es richtig ist, die Angeklagten jetzt zu bestrafen für Taten, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung als Kriegshandlung nicht unter Strafe

gestellt waren. Aber das hat man resignierend hingenommen und gesagt: Wir haben den Krieg verloren.«

Mit der »Arroganz der Macht« und der Offenheit von jemandem, der in dieser Gesellschaftsordnung nichts zu befürchten hat, schildert Rebmann freimütig, daß der Rechtslehrer Gustav Radbruch ihm damals bei der Beurteilung der Gültigkeit nationalsozialistischen Strafrechts eine falsche Rechtsgesinnung vorgeworfen habe:

»Radbruch hat in der Vorlesung einen Fall mit Todesurteil aus dem Jahre 1944 vorgetragen. Ein als Zeuge Geladener hatte auf die Wand der Toilette in einem Gerichtsgebäude in Thüringen die Worte geschrieben: 'Hitler ist ein Mörder und ist schuld am Kriege'. Ein Wachtmeister, der es gesehen hatte, zeigte den Mann an. Er wurde nach der Volksschädlingsverordnung oder einem ähnlichen Gesetz - ich weiß; es heute nicht mehr so genau - zum Tode verurteilt. (...) Radbruch fragte nach unserer Meinung. Gemeldet hat sich keiner. Mich kannte Radbruch persönlich, und er forderte mich zur Stellungnahme auf. Ich sagte ihm, daß ich gegen seine Argumentation - die Richter seien Mörder - doch Bedenken hätte, denn das zur Anwendung gebrachte Gesetz sei zur Zeit der Tat eben in Geltung gewesen. Radbruch hat darauf gemeint, ich hätte eine etwas 'verrohte' Rechtsgesinnung, die aus meiner Zugehörigkeit zur Hitlerjugend und zu Deutschen Wehrmacht rühre. Das hat mich damals doch sehr gekränkt.«

Wer hofft, in diesem Interview Worte der Kritik, des Bedauerns, der Distanzierung von den Urteilen der NS-Richter zu finden, der sucht vergebens; keine Probleme hat Rebmann jedoch, wenn es darum geht, gnadenlose Härte und Kompromißlosigkeit im Umgang mit linken Systemgegnern zu fordern: »Man muß dem Recht zum Durchbruch verhelfen. In diesem Sinn bin ich für Gesetz und Ordnung eingetreten, auch bei den Hungerstreiks der RAF-Gefangenen und im Falle der Hafenstraße in Hamburg.«

4.2.1997 ■

der PDS. Ihren Wortführern hält sie entgegen, daß es nicht auf das Versagen bzw. die Schuld einzelner in der Geschichte ankomme: »Eine Alternative zum global herrschenden System zu konstituieren und dann zu verteidigen, um sie entwickeln zu können, wählt ihre Mittel und Wege immer unter dem Zwang der Schwäche, der materiellen, aber vor allem auch der Erfahrungs- also der Kompetenzschwäche (...) Stalin oder Allende, Ortega oder Honecker oder Castro und ähnliche geschichtliche Personen, sie sind alle mit gleichermaßen gnadenlosen, wenn auch sehr verschiedenen Methoden und Mitteln bekämpft, verunglimpft und niedergeworfen worden. Trotzdem ist eine sozialistische Substanz geschaffen worden, ohne die jeder neue Versuch keine wirkliche Alternative sein kann.« Auch der »Gesellschaftsvertrag« der Brie-Gysi-Bisky-Connection läßt Inge Viett Übles ahnen: »Die Top-Genossen der PDS halten die Entwicklungen der SPD und der Grünen für deren spezifische Fehler/Schwäche, nicht für das, was sie wirklich sind: ein objektiv folgerichtiger Prozeß, der sich aus dem Willen zur Machtpartizipation innerhalb des kapitalistischen Systems ergibt.«

Die Briefe - ob als Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen oder als Reflexion eigener Lebensabschnitte von Inge Viett - sind wichtig. Nicht, weil sie Kenntnisse darüber

vermitteln, was die Guerilla in der BRD der Siebziger dachte oder wie sozialistisch oder nicht das Leben in der DDR war. Sie sind wichtig, weil in ihnen eine praktische Bestimmung von Politik - und den unterschiedlichen Mitteln, diese umzusetzen - zum Ausdruck kommt, die große Teile der BRD-Linken sich (wieder) erarbeiten müssen: nicht die Verabsolutierung bestimmter Kampfformen, sondern deren taktischer Einsatz, nicht der Entwurf einer sozialistischen Gesellschaft am grünen (und gefahrlosen) Tisch, sondern die permanente Auseinandersetzung und Konfrontation in den für uns wichtigen konkreten Bereichen, um Widersprüche aktiv für uns zu nutzen. Und die Briefe sind auch deshalb wichtig, weil sie das Bild einer Frau vermitteln, die all das auch weiterhin versuchen wird, die immer den Mut, die Energie und die Lust hatte und haben wird, Einspruch zu erheben. »Ich habe das Gefängnisleben als Teil meiner Geschichte, als Teil meines Kampfes um menschlichere Verhältnisse und Beziehungen angenommen. Es ist ein bedrängtes, karges Leben, aber nicht einmal die Sterne über uns sind ewig. Warum sollten wir da verzweifeln? Jeder Zustand trägt die Gnade der Endlichkeit in sich, darum haben wir immer wieder eine Chance. Nur aufgeben dürfen wir nicht.«

25.1.1997 ■

»Wir sind jetzt die Verlierer, aber zu diesen Siegern zu gehören, werde ich mich immer weigern.« Inge Viett, 10/90

*Ich habe Angst
daß ich mich an mich gewöhne
ein Gesicht mache, wenn ich unter die Leute geh
das Messer anders halte
schriller werde in der Stimme wieder
bedeutend sein will
vergesse, wie es andern geht
die den Pfennig umdrehn, keine Wohnung haben
nicht geliebt sind, um die sich niemand reißt
so ging es mir und sobald ichs vergesse
wird es mir wieder so gehn*

Gisela Steineckert

Oktober 91

Liebe Frau Steineckert!

Sie haben mich aus der Balance einer Entscheidung gebracht, nach monatelangem Hin- und Herwanken zwischen zwei jämmerlichen Alternativen. Ich habe sie mir beide vorgestellt und versucht, mich so real wie möglich hineinzuwagen, um herauszufinden, welche ich von beiden noch am ehesten ertragen könnte. Eine lebenslange Gefangenschaft – und weiß Gott, die ist ja in meinem Alter nicht weit entfernt von der Todesstrafe – oder die einer Kronzeugin gegen mich selbst. Wahrhaftig, ich bin kein Robin Hood und keine Heldin, wer weiß das besser als ich, und wie einfach könnte ich mir beikommen, wenn es nur die alten hohlen Männerwerte und die Begriffe Treue, Kameradschaft zu hinterfragen gelte. (...)

Ich versuche Sie wissen zu lassen, warum ich keine Kronzeugin sein kann.

Wovor sich Ihre Augen fast verzweifelt weiten und was Sie so beschreiben: Dieser barbarische Ausbruch von primitiver Denkweise, verschimmelten Parolen, Vorurteilen, der nie gekannte Ausbruch an Gewalt gegen Schwächere, anders Aussehende, gegen menschliche Solidarität und gegen alle Werte, für die es sich zu leben lohnt . . . dies alles also, was erst jetzt mit der Wende in Ihr Leben tritt und Sie entsetzt, das hab ich ja bereits mein Leben lang um mich herum. In allen Schattierungen und auf allen Ebenen, in höchster Sublimierung und in offenster Brutalität.

Was da jetzt hervorbricht unter der dünnen Decke von vierzig Jahren Anspruch und Proklamation, den besseren Menschen bilden zu wollen, ist doch der kleine Bruder der alten barbarischen Gestalt des Herrenmenschen, der je nach Möglichkeit Eroberer und Unterworfenener sein will und der seine Energie einzig und allein aus der Schwäche seines Nächsten zieht. Solidarität hat sich durch alle Jahrhunderte hindurch gegen diesen marodierenden Menschentyp definiert und versucht, ihn zu ändern, aufzuhalten. Der letzte große Versuch ist gerade gescheitert. Aber dieser Typus hat alle bequemen und selbstgenüßlichen Eigenschaften auf seiner Seite, Egoismus, Dummheit, Selbstgerechtigkeit, Schlaueit und Rücksichtslosigkeit. Er ist die Bedrohung der Humanität und nie hat er sich perfektere Strukturen, phantastischere Bedingungen für seine Kultivierung, Idealisierung und Reproduktion seiner selbst geschaffen wie in den westlichen Gesellschaften und deren Lebensbildern. Das Geld ist die Waffe, mit der alles unterworfen und erobert wird, wo seine Macht nicht hinreicht, beginnt die militärische Gewalt.

In diesem Land gibt es nichts, was nicht käuflich ist auf die eine oder andere Weise. Alles hat seinen Preis. Das weiß jeder und jeder findet das normal. Regungen, Gedanken, Ideen, Ideale, Wünsche, Moral, Ethik, Träume, Visionen, ja Erfahrungen, Erlebtes, Verschenktes und Empfangenes, alles hat seinen Markt, die Ware wird verwertet. Alles treibt die Maschine der Freiheit bis zur Perversion vorwärts.

Natürlich kann man dies alles viel werbefreundlicher sagen und zum Beispiel von der Freiheit des Marktes reden, dieses Schlachtschiff der westlichen Demokratien. Millionen Hungerleichen und Hungerleidende pflastern seine Bahn rund um den Erdball.

Oder auch von der freien Entfaltung der Individualität reden. Alle menschlichen Bedürfnisse, alle heimlichen und unheimlichen Begierden werden dem Markt, dem Profit legal oder auch illegal zugänglich gemacht. Wie grausam gigantisch diese Freiheit! Die den Himmel aufreißt, die Meere einschwärzt, die Natur auffrißt. Und wie kreativ sie artifiziell-Surrogate schafft und verkauft.

Ich stehe in wenigen Wochen vor Gericht. Zehn Jahre, nachdem ich die Waffen niedergelegt habe, mit denen ich damals glaubte, Bedingungen herbeiführen zu können, die Dämme setzen gegen dieses unaufhaltsame Vordringen von Zerstörung und simulierter Humanität. Ich zog damals die Wahl so ganz und gar untauglicher Methoden der Wehrlosigkeit, die Sie jetzt empfinden, vor.

Aber dieser Prozeß findet eben nicht nur »zehn Jahre danach« statt, sondern in einer ganz bestimmten historischen Situation, dessen aufdringlichster Zeitgeist sich auszeichnet durch Aburteilung, Ausstoßung, Verleugnung, Diffamierung, geringstenfalls Verhöhnung aller sozialistischen Bestrebungen der Vergangenheit und der Zukunft einerseits, und andererseits durch die hemmungslose Ausbreitung kapitalistischer Macht und Werte, wozu Fidel Castro sagt: Dieses süße Gift, das die Menschen zu Bestien macht. (...)

»Aber es ist doch nur die Stasi, ein Apparat, der den Sozialismus schon lange verraten hat«, sagen mir viele. S einfach ist das aber nicht. Die Wahrheit ist viel realer und komplizierter, denn »den Apparat« gibt es nicht, er ist nur Mystik, real sind allein die Menschen darin, mit denen ich vielschichtige und schwierige Beziehungen eingegangen war, und die Bilanz dieser Beziehungen sieht allemal anders aus, als die abstrakten Vorstellungen der Außenstehenden. Sie sagen auch völlig richtig, daß es keine Geheimnisse mehr zu verraten gibt. Da waren die Betroffenen längst so frei, sie selbst offen zu legen. Teils aus Opportunismus, teils aus Lebens- und Zukunftsangst. Allerdings hat ein jeder die Variante gewählt, von der er glaubt, sie schütze ihn am besten vor einer Anklage. Das ist das gute Recht jedes Beschuldigten. Ich soll nun helfen, die richtige Variante herauszufinden, und darin liegt die Möglichkeit, dem »Lebenslang« zu entkommen. Ein klares Geschäft. Ich bin nicht in der Lage, es anders zu nennen. Was mir dieses Geschäft so problematisch macht, ist nicht in erster Linie eine Belastung ehemaliger MfS-Offiziere, denn hier ergibt jede vernünftige juristische Prognose, daß diese Belastung nur sehr gering sein wird, sondern daß ich meinen lebenslangen Kampf gegen die Käuflichkeit des Menschen, gegen das Warenverhältnis in den

Beziehungen verliere gegen mich selbst. Ich weiß nicht, ob ich auch mit dieser Niederlage noch fertig werden kann.

Aufrichtigen Dank für Ihr warmherziges Interesse und Ihre Bereitschaft, mir beizustehen. Ich grüße Sie sehr herzlich.

Klasse an sich – Menschen für sich

Das vorangestellte Gedicht ist von Gisela Steineckert, einer populären Dichterin aus der DDR.

An sie wendet sich Inge Viett mit ihrem Brief, den wir hier fast ganz wiedergaben. Als eine Vertreterin der Neuen Linken in der BRD, deren politische Entwicklung durch bewaffneten Kampf in der BRD, Jahre in der DDR und Gefängnisaufenthalte in der BRD markiert sind, vermittelt sie Aspekte ihres persönlichen und politischen Entwicklungsprozesses in ihren veröffentlichten »Briefen aus dem Gefängnis«. Eine Buchbesprechung ist in diesem Heft abgedruckt.

Unabhängig davon heben wir hier ihr Herangehen und ihre Sichtweisen hervor, die sonst in politischen Auseinandersetzungen und Analysen eher wenig vorkommen, die wir aber gerade deshalb für wichtig halten und in diesem Brief besonders verdichtet vorfinden.

Inge Viett zeigt, wie sich gegensätzliche Gesellschaftsformen auf die Menschen auswirken, die in ihnen leben. Abstrakte und allgemeine Kategorien wie Privatbesitz oder Verstaatlichung von Produktionsmitteln spiegelt sie wider und konkretisiert sie bei den Menschen, ihrem Leben und ihrem Verhalten – zueinander, zur Gemeinschaft, zur Natur. Auf dieser Grundlage zeigt sie den lebendigen Ausdruck sowohl in der Bedrohung als auch im beginnenden Subjektwerden.

Inge Viett hat als politischer und aufmerksamer Mensch in beiden Gesellschaften gelebt und konnte so die Erfahrung machen, daß und wie die Menschen in der DDR andere werden konnten als die in der BRD. Diese Unterschiede beschreibt sie in ihren Briefen, aus denen wir Auszüge vorstellen

Inge Viett hat nicht für alles Antworten oder Erklärungen. In ihrem Ringen um eine integre Haltung, hier im Gerichtsprozeß, erkennen wir auch unsere mühevollen alltäglichen Versuche. Dabei hat sie unter erschwerten Bedingungen im Gefängnis zu leben.

Gemeinsam mit Inge Viett sind jedem von uns diese Bemühungen immer schwieriger in einer Zeit praktisch ohne gesellschaftliche Bewegung und ohne faßbare gesellschaftliche Perspektive.

Sie führt uns die Auseinandersetzung vor und läßt uns durch ihre Offenheit an dem Prozeß teilhaben. So können wir ihr Ergebnis – keine Kronzeugenregelung, kein Verrat – tiefer verstehen. Und sie gibt uns am Schluß der folgenden Zitate Aufforderung und Mut zur eigenen Auseinandersetzung.

Ich gerate in Wut, wenn ich sehe, wie Du Dich abmühest, rumhetzt und betteln mußt, um Arbeit zu finden, und wenn ich dran denke, daß Hunderttausende genauso durch ihren Alltag stürzen in der Hoffnung, dieser oder jene zusammengeschusterte, unqualifizierte Lehrgang, Beratung, Anleitung

etc. könnte ihre Zukunft sein. Existenzrecht gibt es nur nicht mehr. Der Westen kennt nur den Existenzkampf, die Existenzmöglichkeit, Kriechen um Arbeit, um Sinn und Aufgabe im Leben. Welch herrliche Freiheit, gell? Bleib trotzdem gelassen und schau bei allem ganz genau hin. 90 Prozent von dem, was sie zu Euch rüberschaffen, ist nichts als hohle Scheiße. (..)

(..) dann haben die Menschen für die Zukunft nichts anderes zu erwarten als hier die luxuriöse und da die erbärmliche Verfaulung an Leib, Seele und Geist. Den Geruch dieses Prozesses können wir schon überall riechen und sehen: Hunger, Mord, Raub, AIDS, Drogen, gigantischer Betrug in den Beziehungen der Völker, der politischen Klasse zu ihrer Wählerschaft, sozialer, politischer und militärischer Krieg schon fast aller gegen alle, in den Hauptlinien aber der Reichen gegen die Armen. (..)

Als ich in die DDR kam, war ich in höchstem Maße verblüfft von dem Selbstbewußtsein, der Lockerheit und der Souveränität, mit der sich die DDR-BürgerInnen in ihren Arbeits- und Funktionsbereichen bewegten. Wie sie darin lebten. (..)

(..) Dieses Verhältnis zur Arbeit erklärte sich mir bald aus der Befreiung von Konkurrenz und Existenzangst und dem hohen gesellschaftlichen Stellenwert der Arbeit im moralischen Sinn. Die soziale Sicherheit war die Grundqualität des Seins in der DDR. (..)

(..) Ein weiterer Teil war der humanistische Anspruch der DDR, denn wer konnte sich nicht mit Zielen identifizieren wie die Schaffung einer Gesellschaft, in der keiner zurückbleibt, Chancengleichheit für alle, Solidarität mit den unterdrückten Völkern, Kampf gegen Faschismus, gegen Krieg – doch nur ausgemachte Lumpen und Egoisten. Dies waren Erziehungsinhalte, in welcher Form auch immer. (..)

(..) Immer wurde mit Inbrunst über alles, was nicht klappte und woran es mangelte, geschimpft und gestöhnt, aber nie fühlten sich die Menschen existentiell verunsichert. Wohnungsnot? Ja, vielleicht als Belastung oder mögliches Konfliktfeld im Elternhaus, aber als Vorstufe von Obdachlosigkeit? Undenkbar. Absurd. Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel? Begriffe, die außerhalb jeder Erfahrung lagen. (..)

(..) Faszinierend und fordernd die allgegenwärtigen Widersprüche zwischen dem Alten und Neuen, im Menschen selbst und im Verhältnis der Menschen zu ihrer Welt und den Dingen. Sie waren viel überraschender, ernsthafter, gelassener, genießerischer, fröhlicher, zwispältiger und darum facettenreicher. Außerdem nachdenklicher und sich zugewandter. Langweilig überhaupt nicht.

Sicher, das Banale, Triviale, auch Miese war reichlich zu finden, aber selbst das hatte noch mehr Herz. (..)

(..) Sie könnten auf die Idee kommen, ich sei kritikunfähig, was die DDR betrifft. Aber das stimmt nicht. Ich war selbst oft genug wütend über bestimmte Erscheinungen und Tendenzen. Dazu sage ich sicher auch noch was. Aber in7 Moment wird soviel gelogen, verbogen und ausradiert mit den7 Ziel, wahrhaftig nichts übrig zu lassen von der sozialistischen Gesellschaft und ihrem Schaffen, daß ich neue, positive Erfahrungen dagegensetzen muß. (..)

(..) Die Auflösung einer Gesellschaft als geschichtliches Subjekt. Gesellschaft, ein Gefüge aus Menschen, und so läuft der Zusammenbruch auch nur über Menschen. Seit Monaten erlebe ich das Zusammenbrechen von Existenzen

und Identitäten, **das** Auseinanderfallen von **Gemeinschaften, Kollektive¹² und Familien**, das verzweifelte Suchen nach Orientierung **derjenigen, die ein Lebe¹⁷ lang gekämpft und geschuftet** haben für die Realisierung und Materialisierung ihrer **Ideale**. (...)

(...) **Der** Geschichtsverlauf **ist so** schrecklich konkret auch in den Individuen: **die** Umkehrung vom **Subjekt zum Objekt, und** natürlich bin ich nicht außerhalb dieser Geschichte. (...)

Ich selbst ringe um Klugheit, Kraft und relatives Gleichgewicht in diesem Beben. (...)

(...) Wie kann ich vorgehen? Es geht mir nicht darum, eine bestimmte **Politik zu** vertreten, sondern eine bestimmte Haltung und Integrität, **die** natürlich nicht irgendeine **beliebige ist**, sondern sich entwickelt hat durch meine Lebensgeschichte, geprägt **ist** von revolutionären Ideen, sozialer/politischer Parteilichkeit. Das kann ich nicht verleugnen im Moment der Wahrheit. **Dieses** Moment der Wahrheit ist nun mal der Augenblick, in dem es mir ganz persönlich an den Kragen geht. (...)

(...) Reflexion braucht mehr. Braucht einen – sagen wir mal – »Hafen«, von dem aus man zurückschauen, urteilen, entscheiden und erzählen kann. Ich bin aber noch unruhig unterwegs, weiß noch nicht wirklich, an welchen Plätzen in meinem Leben ich mich mit falschen **oder** richtigen Ideen verbunden habe. (...)

(...) **Wie** hoffnungslos waren wir schon, wie zerschlagen **ij7** den Sklavenaufständen, den Bauernkriegen, wie haben wir uns gefühlt nach der Vernichtung der Pariser Commune, wie nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wie dumpf, elendig und scheinbar unendlich war die Kolonisierung, wie geschunden und gedemütigt waren wir nach **jede¹¹²** unserer Aufstände, was für eine grausame Niederlagewar **die** Machtergreifung des Faschismus, wie wenige haben **damals** noch Hoffnung gehabt? Unsere Geschichte ist **doch** immer nur **die** Geschichte von Niederlagen, von Demütigung, Blut und Vernichtung gewesen. Aber auf welcher Entwicklungsstufe wäre die Menschheit wohl ohne **diese** Geschichte? **Sie** mögen sagen: das **ist** abstrakt. Nein, **ist es** nicht, jedenfalls nicht für mich. Ich bin mit dieser Geschichte verkettet und definiere mein Denken und Handeln in diesen Zusammenhängen. **Sic ist** für mich nichts Anonymes, historische Ansammlung oder **so**, sondern **die** Summe unzähliger persönlicher, individueller Leben, **die ij7** ihren Idealen, ihren Kämpfen, Streben, ihren Irrtümern, Schwächen, Stärken, ihren Zusammenbrüchen und Neuanfängen unserem Leben gleichen. Ihrem, meinem und dem unzähliger Freunde und Zeitgenossen. Wir **sind** nicht **die** ersten und die letzten, **die** ihrer Werte und ihrer Identität beraubt werden sollen, aber wir sind auch nicht die ersten und letzten, denen **es** unmöglich ist, zu den Werten des Kapitals **zu** konvertieren. Und das **ist die** Aussicht. Auch wenn es jetzt erstmal nach Ende und Trostlosigkeit aussieht. (...)

So geht es doch nicht. Doktor nicht so viel an Dir herum mit hängendem Kopf. Laß die Hoffnung fahren, daß die Gesellschaft Dir irgendwas erfüllen wird, worauf Du Anspruch zu haben bisher gewöhnt warst. Mit Recht, wie ich wohl meine, denn seinen BürgerInnen eine unabhängige soziale Existenz zu sichern, ist ja der grundlegendste Sinn eines Gemeinwesens, wenn es so genannt werden will. Der Kapitalismus erfüllt dieses Recht aber nun mal nicht, weil er

einem grundlegend anderen Prinzip folgt. Du kannst also nur ewig enttäuscht und vergrätzt sein, wenn **Du** weiterhin diesen moralischen Anspruch an den **Staat** im Kopf hast. **Raus** damit. (...)

(...) Du mußt **Dich** wieder organisieren und **politisch nktiv** werden, sonst gehst **Du ein** auf Dauer. Schau Dich um, wo **Leute** sind, **die** dem am nächsten sind, was Du **politisch**, kulturell oder künstlerisch denkst, willst und fühlst. Mach was mit ihnen zusammen, allein versauerst **Du** im Jammer. (...)

(...) Schau **Dich** nicht **so** an wie **diese** Drecksinstitution »Arbeitsamt« es **ist**. Du kannst noch Berge **versetzen**. Besinne Dich auf Dich und verachte **den Blick, der Dich in die Ecke** verweisen will. (...)

(...) beim Ausharren wirst Du verelenden! Du mußt neu aufbrechen, Dich neu verbinden mit konkreten gesellschaftlichen Aktivitäten, Dich auch wieder neu verlieben. (...)

(...) Du hast die Möglichkeit, die Situation, an der Du leidest, zu bewegen bzw. ein Leiden vielleicht politisch produktiv und damit auch ertragbarer zu machen. (...)

(...) Es tut den sozialistischen Inhalten gut, daß die staatlichen Strukturen, die ihrer weiteren Entfaltung im Wege standen, auseinandergebrochen sind, aber es tut ihnen **ur-** uns allen überhaupt nicht gut, wenn wir nicht weiter um ihre Durchsetzung kämpfen. Jetzt wieder auf einem Terrain, das von völlig anderen Inhalten besetzt ist. (...)

(...) Träume bleiben immer phantastisch, sie können nicht realisiert werden, Wünsche sehr wohl, weil sie sich auf die Wirklichkeit beziehen. Mein Leben lang träume ich immer wiederkehrend, daß ich fliegen kann. Natürlich käme ich nicht auf die Idee, das verwirklichen zu wollen. Der Begriff Traum und auch Utopie, Vision, wird genommen, um das, was wir wollen, unwirklich erscheinen zu lassen. **Eine freie, sinnvolle Gesellschaft ist aber nichts Unwirkliches, nur eine andere als die herrschende Wirklichkeit.**

Zwischen den Jahren 1996/97 ■

Im Januar 1997 wurde Inge Vietta aus der Haft entlassen, »vorzeitig« – nach bürgerlichen Maßstäben.

Zu ihrer Verhaftung schreibt sie in einem Brief: »Für **WAS** hätte ich mich der Verhaftung entziehen und mich **stecken sollen**? Für eine kleine persönliche Freiheit? **Die** nicht mal eine gewesen wäre, weil **sie** bei jeder gesellschaftlichen Aktivität und Funktion gewesen wäre, **und** damit bei **jeder** sinnvollen sozialen Beziehung. **Das** Gefängnis, auch wenn **es Qual ist**, hat eine politische Funktion, aus **der** ich immer noch mehr machen kann, als **mit einem** stummen unsichtbaren, leeren Leben. Außerdem, **das** Gefängnis **ist** meiner Geschichte in **diese¹⁷** Verhältnissen **viel** adäquater. Ich habe mich nie versteckt. Illegalität hat einen anderen Inhalt, hat mit Verstecken, mit Flucht nichts zu tun. Illegalität war eine selbstgewählte politische Ebene. **Die** **Juhe** in der DDR waren keine Zeit der Entpolitisierung, sondern **eine** andere politische Ebene, eine legale gesellschaftliche, aber nicht weniger intensive für mich. Und dann **soll** ich mich für den Rest meines Lebens verstecken? Irgendwo dahinleben? Das geht nicht. Allerdings kam mir die Verhaftung dann doch zu früh, ich hatte mich noch nicht richtig politisch drauf vorbereitet.

Arrivederci.«

Willkommen in dem, was andere Freiheit nennen. ■
